6. Jahrgang — Nr. 25 Montag, 30. Januar 1922

Volksstimme

Redaktion in Halle, Gr. Brauhausstraße 17, Telephon Nr 6802, Eisleben 302 Sprechstunden der Redaktion in Halle: Wochentags von 11—12 Uhr, Sonntags keine Sprechstunde. Sprechstunden unserer Eislebener Vertretung wochentags von 4—6 Uhr nachmittags. Die „Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, sie enthält die illustrierte Sonntags-Beilage „Volk und Zeit" sowie wöchentlich abwechselnd „Die Frauenwelt" und „Für die arbeitende Jugend". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Die „Volksstimme" verfügt über einen bestens ausgebauten Berichterstattungsdienst in allen Orten ihres großen Verbreitungsbezirks. Meldungen von Bedeutung werden zu jeder Tageszeit sowohl telephonisch wie auch schriftlich von der Redaktion entgegengenommen. Sendungen an die Redaktion bitten wir unter Bezeichnung „Eiliges Zeitungsmaterial" sowie nicht an einzelne Redakteure, sondern an die Schriftleitung zu richten.

Sozialdemokratische Partei-Tageszeitung

für Halle

und den Saalkreis sowie die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga, Zeitz-Weißenfels, Naumburg, Eisleben und die Mansfelder Kreise.

Verlag und Geschäftsstelle in Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27. Fernruf-Nummer 5407. Telegrammadresse „Volksstimme Halle". Postscheckkonto 11092 Erfurt. Geschäftsstelle in Eisleben: Bahnhofstr. 22. Fernruf-Nummer 302. Bezugspreis monatlich 9,50 Mk. und 1,50 Mk. Zustellungskosten; wöchentlich 2,75 Mk., oder im Quartal 33.— Mk. einschließlich Zustellungsgebühr. Für Abholer an den Ausgabestellen mit Abholungsgebühr 10.— Mk monatlich. Einzelnummer 50 Pfg. Anzeigenpreise: im 8gespaltenen Anzeigenteil kostet das Millimeter 1,— Mk., im 3gespaltenen Textteil 5,— Mk einschließlich der Anzeigensteuer. Aufgabetermin für die nächste Ausgabe bis 9 Uhr morgens. Betriebsstörungen technischer oder anderer Art entbinden von der rechtzeitigen Aufnahme von Anzeigen sowie von der pünktlichen Zeitungslieferung. Rabatte werden laut Tarif je nach Umfang des Auftrages gewährt. Platzvorschriften finden nach Möglichkeit weitgehendste Berücksichtigung.

Pariser Echo der deutschen Note.

Anerkennung der deutschen Anstrengungen.

Die deutsche Antwort verdient reifliche Ueberlegung. — Die Angst vor der Wiedererhebung Deutschlands.

Paris, 30. Januar. Der „Temps" besprach gestern abend den Inhalt des deutschen Vorschlags und sagt: Die Andeutungen, die man erhalten habe, legten den Beweis dafür ab, daß **die deutsche Antwort reifliche Ueberlegung verdiene. Das sei übrigens kein Grund, die von der deutschen Regierung und von den Führern der Mehrheit gemachten Anstrengungen zu verkennen.** Man könne sich denken, welche politischen Schwierigkeiten hätten überwunden werden müssen. Das Blatt behauptet, wenn es auf die finanziellen und politischen Schwierigkeiten hinweise, die noch vorhanden seien, so tue es dies in der Hoffnung, daß sie jedenfalls überwunden werden können. Trotz der Schwierigkeiten dürfe man aber nicht vergessen, daß sich **Symptome der Wiedererhebung** in Deutschland zeigten. Das Blatt schließt dies aus der preußischen Erntestatistik aus dem Jahre 1921 und aus gewissen Veröffentlichungen der deutschen Reichseisenbahnverwaltung.

*

Die Auslassungen des Pariser Temps decken so recht die Zwitterhaltung des französischen Volkes auf. Einmal wünscht man die Erfüllung der Deutschland auferlegten Reparationslasten, die natürlich nur von einem gesundenden Deutschland getragen werden können, und zum anderen fürchtet man die Wiedergesundung Deutschlands als eine Bedrohung Frankreichs. Der „Temps" ersieht bereits aus der preußischen Erntestatistik Symptome der Wiedererhebung Deutschlands. Wir müssen es Frankreich überlassen, von dieser akuten Angstpsychose zu gesunden. Als Fortschritt ist es heute immerhin zu begrüßen, daß man die wirtschaftlichen und finanziellen Anstrengungen der deutschen Regierung anerkennt.

Angsthase Noblemaire.

Paris, 30. Januar. Die Vereinigung für den Völkerbund hielt gestern eine Generalversammlung ab. Hierbei sprach der französische Delegierte beim Völkerbund Abg. Noblemaire über die Arbeiten des Völkerbundrates im Jahre 1921. Er sagte: Stehen nicht dem Völkerbund, der geschaffen wurde um alle Mächte zu vereinigen heute noch drei der größten Mächte fern? Solange **an diesem Beratungstisch die drei Plätze leer bleiben, werden die Fundamente der Gebäude unsicher sein.** Solange der Frieden in Europa im Orient und in der ganzen Welt nicht geschlossen ist, solange insbesondere der französisch-deutsche Frieden nicht über die Theorie und den Buchstaben hinausgelangt, solange, um deutlich zu reden, **Deutschland sich nicht für besiegt erklärt und abgerüstet hat, solange seine Zahlungen nicht gewährleistet sind, wird der Völkerbund und wir vielleicht selbst nur zu oft auf losem Sande schreiten,** ja noch mehr, wird der Völkerbund, um der Welt den Frieden zu erhalten neben dem Obersten Rat und neben der Botschafterkonferenz stehen müssen.

*

Noblemaire ist der Typ des französischen Angsthasen. Was will eigentlich dieser Herr? Deutschland hat befehlsgemäß bis auf 100000 Mann abgerüstet. Wenn es nach der deutschen Arbeiterschaft ginge, würden auch diese 100000 Mann von der Bildfläche verschwinden. Glaubt Noblemaire, daß diese 100000 Mann eine Bedrohung des waffenstarrenden Frankreichs sind, oder glaubt er, daß das deutsche Volk sich etwa dazu hinreißen lassen wird, gegen den Willen der Arbeiterschaft gegen irgendwen Krieg zu führen. **Die deutsche Regierung möge endlich mal die französische Regierung fragen,** was an der deutschen Abrüstung fehlt. Die auf losen Sand gebauten Verdächtigungen echt einegbarer französischer Chauvinisten sind nur dazu geeignet, den Glauben der Welt an Deutschlands friedliche Absichten immer wieder von neuem zu untergraben.

Die deutsche Reparationsnote.

Unmittelbar vor dem plötzlichen Schluß der Konferenz von Cannes am 13. Januar beantwortete die Reparationskommission das deutsche Ersuchen um Zahlungsaufschub dahin: Für die Barzahlungen, die am 15. Januar und 15. Februar zu leisten sind, wird Aufschub bewilligt. Deutschland hat ab 18. Januar alle zehn Tage 31 Millionen Goldmark zu zahlen; das gilt solange, bis eine weitere Entscheidung erfolgt ist. Zum Zweck dieser Entscheidung hat die deutsche Regierung binnen 14 Tagen der Reparationskommission einen angemessenen **Reform- und Garantieplan** betreffend das **deutsche Budget und den Papiergeldumlauf sowie ein vollständiges Programm für die Barleistungen und Sachlieferungen für das Jahr 1922 vorzulegen.**

Dieser Aufforderung ist die deutsche Regierung durch Ueberreichung einer Note nachgekommen, deren Text wir auszugsweise nachstehend wiedergeben:

1. Vermehrung der Einnahmen.

Das Aufkommen aus den Quellen der Besitzbesteuerung wird durch Ausbau des Steuersystems in den dem Reichstag zurzeit vorliegenden Gesetzentwürfen (Vermögenssteuer, Vermögenszuwachssteuer, Kapitalverkehrssteuer und Körperschaftssteuer) wesentlich erhöht. Dies geschieht, obwohl die Sachverständigen der alliierten Regierungen bereits auf der Brüsseler Konferenz vom Dezember 1920 anerkannt haben, daß die direkte Besteuerung in Deutschland keiner weiteren Steigerung mehr fähig ist.

Die Besteuerung des Besitzes nötigt in nicht geringem Umfang die Steuerpflichtigen, in die Substanz ihres Vermögens einzugreifen. Dieser Eingriff wirkt auf das Einkommen des einzelnen in einer Weise zurück, die notwendig jede Besteuerung des Verbrauchs verschärft. Durch die Umsatzsteuer, die von 1½ Prozent auf 2 Prozent und die Kohlensteuer, die nach der Vorlage der Reichsregierung von 20 Prozent auf 40 Prozent erhöht werden soll, ist Produktion und Verbrauch in stärkstem Maße vorbelastet.

Gegen **Kapital- und Steuerflucht** sind energische Maßnahmen getroffen. Insbesondere ist das **Bankgeheimnis** durch Gesetz aufgehoben, der Wertpapierbesitz wird bei den Banken durch die Steuerbehörden überwacht. Die durch **Kapitalflucht** bereits ins Ausland abgewanderten Vermögen sucht die deutsche Regierung durch internationale Rechtshilfeabkommen zu erfassen.

Das vorstehend in seinen Grundzügen angegebene Steuerprogramm wird in der Anlage I erläutert.

Die Tarife der Verwaltungen von Post und Eisenbahn sind nach Durchführung der bevorstehenden Erhöhungen gegenüber den Tarifen der Vorkriegszeit im Durchschnitt wie folgt gesteigert:

Im Eisenbahnpersonenverkehr auf das 15- bis 19fache, im Eisenbahngüterverkehr auf das 32fache und im Post- und Telegraphenverkehr auf das 21fache.

2. Beschränkung der Ausgaben.

Durch Vorschriften des Haushaltsgesetzes sind Vorkehrungen für eine Verminderung der Beamtenstellen getroffen.

Die Zuschüsse für die Lebensmittelverbilligung werden nach einem besonderen Plan im Laufe des Rechnungsjahres 1922 beseitigt. Sie betrugen im Rechnungsjahre 1921 rund 22,5 Milliarden Papiermark. Sie werden, falls keine weitere Entwertung der Mark eintritt, im Rechnungsjahre 1922 nur noch eine Milliarde Papiermark erfordern. Der Brotpreis wird zu diesem Zwecke vom 16. Februar 1922 ab weiter um 75 Proz. erhöht.

Die Erwerbslosenunterstützung durch öffentliche Mittel soll im Jahre 1922 durch eine Arbeitslosenversicherung **ersetzt werden, deren Kosten überwiegend von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen werden.**

3. Einschränkung des Notenumlaufs.

Unabhängig von der Frage, ob für eine freiwillige Anleihe ein Markt geschaffen werden kann, wird die deutsche Regierung **zur Auflegung einer Zwangsanleihe** schreiten, deren Ertrag bestimmt ist, der Vermehrung der schwebenden Schuld einhalt zu tun. Zu dieser äußersten Maßnahme, die nicht wiederholt werden kann, hat sich die deutsche Regierung entschlossen, um wenigstens für das Jahr 1922 die Reparationsleistungen unter möglichst geringer Inanspruchnahme der Notenpresse finanzieren zu können.

*

Die deutsche Regierung ist der Meinung, daß die Regelung der Reparationsleistungen für das Jahr 1922 allein nur einen ersten Schritt auf dem Wege zur Lösung des Reparationsproblems bedeute. Das Programm für 1922 beruht auf einem System, das, wie die vorliegenden Erfahrungen ergeben haben, die deutsche Reparationsfähigkeit empfindlich schwächt. Monatlich oder vierteljährlich wiederkehrende Reparationszahlungen in fremder Währung verhindern Deutschland, seine Finanzen in Ordnung zu bringen. Es erscheint daher im Interesse aller beteiligten Länder geboten, für die deutschen Reparationsleistungen auf einer anderen Grundlage und auf längere Zeit Vorsorge zu treffen. Dies sollte schleunigst geschehen, da die Ungewißheit darüber, wie vom Jahre 1923 ab die deutschen Leistungen erfolgen sollen, auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage nicht nur Deutschlands, sondern auch der alliierten Länder einen lähmenden Einfluß ausübt.

Deutschland wird zur Leistung der Reparation nur dann imstande sein, wenn der Kredit des Inlandes und des Auslandes für Finanzoperationen großen Stils in Anspruch genommen wird. Zurzeit wird aber die Kreditwürdigkeit Deutschlands weder von dem inländischen noch von dem ausländischen Anlagekapital anerkannt. Es fehlt allgemein das Vertrauen, daß Deutschland imstande sein werde, unter den gegenwärtig gegebenen Bedingungen wirtschaftlich so zu erstarken, daß es als ein zahlungsfähiger Schuldner für eine große Reparationsanleihe angesehen werden kann. Das Vertrauen der Welt in Deutschlands Zahlungsfähigkeit wiederherzustellen, ist die Vorbedingung für eine befriedigende Lösung des Problems.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner **ausgezeichneten Hochachtung.**

gez. Dr. Wirth.

Ein feudales Idyll.

Von Robert Groetzsch.

I.

Ehe vorm Görlitzer Schwurgericht das Familienidyll derer von Schlieffen aufgerollt wurde, wollten die konservativen Blätter an die Geschichte nicht recht ran. Mit bekannter sicherer Witterung fand die „Deutsche Tagesztg.", der Sensationsbraten schmecke denn doch zu sehr nach Kino und Detektivroman, zumal das Belastungsmaterial von einem gewöhnlichen Gemüsehändler stamme. Inzwischen hat das Jukrblatt dran glauben müssen, daß zwei Grafen von Schlieffen dran glauben sollten, weil Gräfin Ella von Schlieffen und ihr Sohn glückliche Besitzer des Majorats Schlieffenberg werden wollten. Die Junkerpresse sträubte sich mit gutem Grund gegen den Film, der vorm Görlitzer Schwurgericht abrollte, denn von einer anderen Seite her, als etwa der Jagowprozeß, beleuchteten die Prozeßberichte allerhand Verfallsmomente des deutschen Adels und darüber hinaus die grotesken Züge unserer Zeit.

Diese Schlieffens auf Schönberg, normal und von Sachverständigen als zurechnungsfähig befunden, repräsentieren den ins Verbrecherische entarteten Typus einer verkrachenden Adelsfamilie, deren altgewohnte feudale Lebensansprüche im umgekehrten Verhältnis zu den Einkünften stehen, die mit der steigenden Geldentwertung nicht Schritt gehalten haben. Bevor Gräfin Ella, geschiedene von Schlieffen, geborene von Sprenger, mit dem Rest des Vermögens das Schloß Schönberg in Schlesien kaufte, wirtschaftete sie mit ihrem Sohn Hanns Heinrich nacheinander zwei Güter herunter. Blieb also nur noch die reiche Heirat, die in blaublütigen Kreisen um so standesgemäßer gilt, je teurer dabei die neunzackige Krone an die Frau gebracht wird. Aber auch diese Schiebung ging daneben und im Tiefsten beleidigt rät die Mutter dem Sohn zur Erpressung. „Meinst du, ein Graf läßt sich so beleidigen?" Denn die Schlieffens sind ein altes pommersches Adelsgeschlecht. Ringsum eine Verwandtschaft königlicher Kammerherren. Der jüngeren Linie entstammte ein Chef des Generalstabs der deutschen Armee, der 1900 verstorbene Generalfeldmarschall Graf Alfred Schlieffen. Zur älteren Linie gehört Graf Hans Martin von Schlieffen, Majoratsherr auf Schlieffenberg in Mecklenburg-Schwerin. Wenn er stirbt, fällt das Fideikommiß mit seinen 3270 Hektar Land an seinen Sohn Georg Wilhelm. Wenn beide sterben, geht der Millionenbesitz an den Grafen Hanns Heinrich über. Also . . .

Um dieses Thema begannen auf Schoß Schönberg die Tischgespräche zu kreisen und in diese Atmosphäre gerät der Handelsmann Rössel. Graf Hanns Heinrich kennt ihn von gemeinsamen Mehlschiebergeschäften her. Klagt ihm seinen Groll. Die ungerechte Vermögensverteilung. Der Majoratsherr hat alles; er, Hanns Heinrich, gar nichts. Früher hat er sogar gearbeitet . . . Ja, hier wäre für einen entschlossenen Mann rasch eine halbe Million zu verdienen! Rössel sagt zu, bekommt 20000 Mark Vorschuß. In Mitteldeutschland ist Aufruhr. Man wird einen Stoßtrupp Spartakisten auf Schloß Schlieffenberg loslassen. Rössel kennt den Rummel. Er hat in Spandau einen Putsch mit niedergeschlagen; an der Ermordung Rosa Luxemburgs will er auch beteiligt sein. Eine Tüte Dynamit her und ganz Schlieffenberg geht in die Luft — mit allem, was drin krabbelt und zappelt.

In diesem Stadium tritt Stentschke auf. Ehemaliger Student, gewesener Schlossergeselle, gedienter Autoch-Mann. Hanns Heinrich versieht beide mit Waffen, Munition, Proviant. Wenn Stentschke die Sache deichsle, könne er sich sogar den Adelstitel kaufen. Bei Frau Marga von Tielau in Dresden hängen übrigens auch 150000 Mark Erbe für Hanns Heinrich. „Die Sache können Sie auch gleich mit übernehmen," ermuntert Gräfin Ella den Renommisten Stentschke. Das Schlieffensche Familiensilber wird versetzt, die Gesellschafterin Rupf muß auch Beiträge stiften, um die Kredite zum Freibeuterkrieg gegen Schlieffenberg aufzubringen.

Nüchtern und schauerlich fließt die Geschichte dahin, bis sich Stentschke entschließt, dem bedrohten Majoratsherrn für ein entsprechendes Sümmchen alles zu offenbaren.

II.

Der Kampf ums Majorat ist ein altes Zugstück der schönen wie der weniger schönen Literatur. Auch der gedungene Meuchelmörder bleibt eine alte Figur der Schauerromantik. Aber neu an der Familienaffäre Schlieffen ist die geschäftsmäßige harte Sachlichkeit, die offenherzig-nüchterne Art, in der nicht nur vor Gericht über den Mordplan gesprochen wurde. Die Gräfin-Mutter und ihr Sohn schoben die Sache per Abschlag an Rössel, der zog fünfundsiebzig Prozent ab und schob die Bestellung an Stentschke. Kettenhandel in Morden, wie Mehl oder Schmierseife verhandelt werden — und das durchaus nicht unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Der jüngste Sohn wußte darum, die Gesellschafterin wurde in den Plan eingeweiht, Rössel zog den zukünftigen Schwager heran, Stentschke erzählte es seiner Wirtin; ein durchaus nicht intimer Kreis

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751922013O-15/fragment/page=0001

skandierte den Mordplan. Das sittliche Stahlbad des Krieges äußerte sich unverkennbar.

Wir müssen es uns abgewöhnen, mit Kulturbewußtsein auf barbarischere Völker herabzublicken. Die Stoffe für Balkangrausen blühen bei uns in hinreichenden Maßen. In seinen besseren Tagen brachte der „Simplicissimus" die Karikatur zweier Montenegriner. Darunter der Text: „König Nikita hat die europäische Lage benützt, um mir einen Hammel zu stehlen." Hanns Heinrich spekulierte mit dem mitteldeutschen Spartakistenaufstand. Er gedachte die europäische Lage zu benutzen, um Schloß Schliessenberg in die Luft zu sprengen und aus der Asche der Brandstätte wie ein Vogel Phönix finanziell verjüngt hervorzusteigen. Die „ungerechte Vermögensverteilung" machte ihn revolutionär. Hätten „Spartakisten" den Schliessenberger Putsch unter Führung des Rechtsbolschewisten Rössel mitgemacht — Graf Hanns Heinrich und Mama hätten sich mit dem ganzen Kommunismus ausgesöhnt.

III.

Im alten Deutschland standen dieser Art Adliger besonnte Wege zu einem besseren Dasein offen. Hanns Heinrich wäre Offizier geworden. Bei der Garde, denn die Verbindungen waren hinreichend. Alle Türen zu den gedeckten Tischen der Bourgeoisie hätten ihm offen gestanden. Man entfernt sich der blauen Lappen, die im Metternich-Prozeß zur Sprache kamen und von diesem oder jenem Leutnant bei Wertheims diskret aus der Serviette gezogen wurden. Hanns Heinz wäre auch kaum in die Verlegenheit gekommen, seinen Burschen anpumpen zu müssen, wie ehedem so mancher andere kleine Leutnant. Reiche Heiraten hätten zur Wahl gestanden. Gewissen hätten sich die Elviren der oberen Zehntausend um den Gardeleutnant von Schliessen. Und dann, wenn er wollte, die Stufenleiter empor bis zu den höchsten Titeln und Aemtern. Das Leben ist in dieser kapitalistischen Weltordnung eine Rutschbahn; im alten Deutschland führte sie den Edelbürtigen automatisch nach oben, sofern er nicht tretinhaft degeneriert war. Die Armee machte sich glänzend bezahlt, wenigstens für die Abkömmlinge der Oberschichten.

Man versteht darum, weshalb die meisten Offiziere von damals sich nicht mit der Republik aussöhnen können, warum so mancher Tellheim von heute mit reaktionären Geheimorganisationen sympathisiert. Wenn einmal das Treiben der Mörderorganisation C von einem wirklich zupackenden Staatsanwalt aufgerollt werden sollte, wird man staunen, wieviel Tellheime der alten Armee darin verwickelt sind. Es ist ihr Kampf um die Futterkrippe — nur bei manchen von patriotischen Motiven unbewußt verdunkelt oder bewußt verbrämt — und jeder Nachdenkliche mag selbst entscheiden, um wieviel oder wie wenig Grade der dunkle Kavalier von Schloß Schönberg unter dieser Sorte fürnehmer Mordanstifter und Krippenreiter rangiert.

IV.

Und nun — immer mal wieder! — zur Rechtsprechung. Gegen die Gräfin wurde auf 2 Jahre Gefängnis, gegen den Sohn auf 1½ Jahre, gegen Rössel auf 3 Jahre, gegen Stentzsche auf 1 Jahr 3 Monate erkannt. Der Staatsanwalt bekannte selbst: Wären der Graf und die Gräfin in der Wahl der Personen nicht so leichtfertig gewesen, so hätten sie sich beide wegen Mordes zu verantworten; was sie tun konnten, haben sie getan . . . Man durfte also nach dieser staatsanwaltlichen Logik die auf Anstiftung zu Mord und Brandstiftung stehende Höchststrafe erwarten. Aber das Gericht sagte sich wohl, daß dieses schwurgerichtliche Schauerstück wenigstens einen menschlichen Zug haben müsse und war gegen das gräfliche Paar von einer Milde, wie man sie an Urteilen gegen jeudale Verbrecher gewöhnt ist. Dem Grafen wurde seine Jugend, der Gräfin das vorgerückte Alter mildernd angerechnet. Vielleicht sagt uns ein deutsches Gericht bei Gelegenheit, welches Normalalter ein Blaublütiger haben muß, um wie ein gewöhnlicher Sterblicher bestraft werden zu können.

In gewissen Teilen des deutschen Volkes steckt eben Gott sei dank noch ein tief wurzelnder Untertanenrespekt vor allem, was hochgeboren riecht. Vor welchem spezifisch deutschen Zuge das Ausland bekanntlich eine besondere Hochachtung hegt. Die Presse der Rechten jedoch, die die Organe der Republik täglich dreimal für die „zunehmende Sittenverwilderung" verantwortlich macht, hat wieder einmal eine gute Gelegenheit verpaßt, von der Justiz mehr Schuß der völkischen Sitte und Moral zu fordern. Sie schwieg (Unsere Leute!) und beschränkte sich auf eine denkbar bescheidene Berichterstattung. Aber vielleicht holen unsere konservativen Blätter das Versäumte nach, sobald sie von der schmählichen Tatsache genesen sind, daß es sich mit dem Schliessenschen Familienidyll wirklich nicht um Kino und Detektivroman, sondern um feudale Wirklichkeit handelt.

Der geistreiche Professor.

Ein Vorstoß des deutschnationalen Professors Dr. Freiherr von Freytag-Loringhoven gegen den Reichspräsidenten.

Von der deutschnationalen Reichstagsfraktion ist beantragt worden, die Neuwahl des Reichspräsidenten anzusetzen. Dieser Antrag kommentiert und unterstützt im „Roten Tag" der ebenfalls deutschnationale Professor Dr. Freiherr von Freytag-Loringhoven, der Sohn des bekannten Generals.

Besonders interessant werden die Auslassungen des Freiherrn da, wo er beginnt, an dem öffentlichen Hervortreten des Präsidenten Ebert Kritik zu üben. Er schreibt:

„Im allgemeinen wird Herrn Ebert taktvolle Zurückhaltung nachgerühmt. Soweit er sie geübt hat, kann sie nicht als Verdienst, sondern nur als Pflichterfüllung anerkannt werden."

Das sagt ein begeisterter Anhänger des alten Regimes. Hat der frühere Kaiser entfernt die Zurückhaltung geübt wie Genosse Ebert? Demnach hat er seine Pflichten auch nach Meinung dieses Deutschnationalen nicht erfüllt. Der Verfasser beschwert sich weiter darüber, daß der Reichspräsident sich gelegentlich publizistisch geäußert hat. Er schreibt:

„Das mußte peinlich berühren. Erstens vermag es dem Ansehen des Amtes nur zu schaden, wenn sein Träger sich publizistisch äußert und dadurch Anlaß zu Kritik und Polemik bietet."

Dazu schreibt die demokratische „Vossische Zeitung":

Es ist wohl ziemlich gleichgültig, ob jemand mit seiner Meinung in Wort oder Schrift hervortritt. Wilhelm II. schrieb keine Artikel, aber er redete in einem Umfange, daß ein Präsident, der ihm schriftstellerisch quantitativ gleichkommen wollte, alle Hände voll damit zu tun hätte. Ob jene Reden nicht gelegentlich auch „Anlaß zu Kritik und Polemik" geboten haben, mag der Herr Professor sich selber fragen. Das Ganze ist eine Nörgelei, an der der anmaßende Ton ebenso bemerkenswert ist wie die sachliche Unvorsichtigkeit.

„Schwäche, dein Name ist U. S. P."!

Die Kommunisten hatten bekanntlich am Freitag voriger Woche ein Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung beantragt, welches gegen die Stimmen der beiden kommunistischen Parteien, wie bereits gemeldet, abgelehnt wurde. Zur Begründung des Mißtrauensvotums hielt der Kommunist Koenen eine Rede, die eine einzige Verspottung der schwankenden Politik der Unabhängigen war. Er rief aus: „Schwäche, dein Name ist USP." So wurde den Unabhängigen gesagt, wie leicht man in Agitationsschlagworten übertroffen werden kann.

Die zweiten 31 Goldmillionen beglichen.

Berlin, 28. Januar. Die Reichsregierung hat am Freitag die ausländischen Banken zur Zahlung der am Sonnabend, den 28. Januar, fälligen zweiten Rate der Reparationsverpflichtungen im Betrage von 31 Millionen Goldmark an die Entente angewiesen. Die Regierung hat, wie schon wiederholt betont, alle Maßnahmen getroffen, um auch die späteren Zahlungsfristen pünktlich einzuhalten.

Noske als Reichstagskandidat. Vor einigen Tagen ging durch die Presse die Nachricht, daß Noske in Harburg als Reichstagskandidat nominiert worden ist. Dazu wird jetzt mitgeteilt: Zu der Meldung, daß eine Kreiswahlkonferenz des 17. Wahlkreises (Ost-Hannover) beschlossen habe, Noske als Spitzenkandidat für die nächste Reichstagswahl aufzustellen, teilt das Bezirkssekretariat der SPD. Hamburg-Nordwest mit, daß die betreffende Konferenz nur von dem Landkreis Harburg einberufen und beschickt war. Zum 17. Reichstagswahlkreis gehören aber auch die Regierungsbezirke Lüneburg und Stade, die sich ihr Recht, an der Aufstellung der Kandidatenliste mitzuwirken, keinesfalls nehmen lassen wollen. — Sollte, was wir nicht glauben, Noske tatsächlich als Reichstagskandidat aufgestellt werden, so werden wir uns eingehend dazu äußern.

Reichstag.

25 Abgeordnete anwesend. — Die Katastrophe des Eisenbahnelends. — Angenommene Anträge.

B. **Berlin**, 28. Januar.

Die Reaktion auf die Spannung und Anspannung der letzten Tage der großen Steuerkrise blieb nicht aus. Gähnende Leere heute im Reichstag. Am Regierungstisch Reichsverkehrsminister Gröner. Es sind ganze 25 Abgeordnete anwesend. Präsident Loebe eröffnet die Sitzung.

Die Besprechung der Interpellation Hergt (Dn.) über den Wagenmangel der Reichseisenbahnen wird fortgesetzt.

Der Abg. Pieper-Westfalen (USoz.) weist auf die Hetze gegen die Reichseisenbahnen hin, die zur Ueberführung der Reichseisenbahnen in die Hände des Privatkapitalismus führen soll.

Unser Genosse Schumann betont nochmals gegenüber dieser Hetze, daß die Sozialdemokratie wohl eine Reform im Reichseisenbahnwesen erstrebt, daß sie sich aber gegen jede Entsaatlichung scharf zur Wehr setzt. Die großen Geldkreise — betont unser Genosse — haben

aus dem Elend der Eisenbahnen großen Gewinn

gezogen. Die Materialpreise stiegen geradezu unsehenerlich. Die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Beamten stiegen nicht entfernt so hoch als die Materialpreise. Wenn das Eisenbahnpersonal seine Pflicht tun soll und wenn der Betrieb wieder voll auf die Höhe kommen soll, dann muß den berechtigten Wünschen des Personals viel mehr entgegengekommen werden als das bisher der Fall war. Hört man die Blätter der Schwerindustrie Kritik über an der finanziellen Lage der Reichseisenbahnen, dann wird man den Eindruck nicht los, als ob gewisse kapitalistische Kreise die Hetze lediglich deswegen betreiben, um die Reichseisenbahnen in die Hand zu bekommen. Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß die Reichseisenbahn als reichseigener Betrieb erhalten bleiben muß. Selbstverständlich sind wir dafür, daß kaufmännische Grundsätze in die Führung und Verwaltung eindringen. Auch wir sind durchaus gegen jede Ueberzentralisation. Unsere Aufgabe besteht nicht in der Entstaatlichung. Wirkliche Besserung kann nur dann eintreten, wenn Angestellte, Arbeiter und Beamte zur verantwortlichen Mitarbeit herangezogen werden. Wenn der Wagenpark heute nicht groß und stark genug ist, so büßen wir auch hier für

alte Sünden;

die alte preußische Verwaltung hatte unter tausendmal günstigeren Bedingungen, als wir sie heute haben, den Wagenpark vermehren können.

Die Schwierigkeiten in der Wagengestellung werden durch das Verhalten der Industrie und Landwirtschaft vermehrt. Das Zurückhalten der Produkte und das plötzliche Aufdenmarktwerfen der Produkte aus Spekulationsgründen bringt Wirrwarr in den Transport.

Es folgt der Bericht des Beamtenausschusses über die Grundsätze für die Beamtenlaufbahnen.

Abg. Aletotte (Ztr.) empfiehlt eine Entschließung, die die Reichsregierung ersucht, den Entschließungen des Reichstages zum Besoldungsgesetz vom 17. Dezember 1920 betr. Aufstellung von Grundsätzen für die künftigen Laufbahnen der Beamten aller Reichsverwaltungen und der Länder schleunigst Folge zu leisten.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

Abg. Dr. Oberfohren (Dn.) empfiehlt einen Antrag des Ausschusses für das Bildungswesen, die Reichsregierung zu ersuchen, mit den Ländern darüber zu verhandeln, daß in den höheren Lehranstalten die Sprache der Nachbarländer gepflegt und der Pflege der spanischen Sprache besonders Aufmerksamkeit gewidmet wird. — Auch dieser Antrag wird ohne Aussprache angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Montag 2 Uhr. Erste Beratung des Haushaltsplans. — Schluß gegen 2 Uhr.

Preußischer Landtag.

Der Grundsteuer-Entwurf.

B. **Berlin, 28. Januar.**

Die erste Beratung des Grundsteuerentwurfes wird fortgesetzt.

Abg. Hauschildt (Soz.): Von der Notwendigkeit der Erhebung einer Grundsteuer zur Balanzierung des Etats ist auch meine Fraktion überzeugt. Bereits im November 1920 hat meine Fraktion als Finanzminister Lüdemann die erste Grundsteuervorlage einsehachte, ihre grundsätzliche Zustimmung erklärt. Wir können dem Gutachten des Staatsrates nicht folgen, von der Einführung der Grundsteuer solange abzusehen, bis eine reinliche Scheidung der Steuerquellen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden erfolgt ist. Wir können eine Aufschiebung bis zu diesem Zeitpunkte nicht verantworten. Eine künstliche Balanzierung des Etats, wie sie der Staatsrat uns zumutet, können wir nicht gutheißen. Meine Fraktion im Staatsrat hat daher auch das Gut-

Antje Möller.

Roman von

Kurt von der Eider.

(30. Fortsetzung.)

In der Figur war auch eine gewisse Aehnlichkeit; nur fehlte ihr ganz die bewegliche Grazie Antjes. Am meisten gefiel Rolf ihr geräuschloses Walten; das berührte ihn wundersam vertraut.

Seine Mutter schmiedete das Eisen, so lange es noch warm war. Sie sing an, ihm Karlinens Vorzüge in das rechte Licht zu rücken, und diesmal ging sie vorsichtiger zu Werke.

Dazu kam noch, daß ihr Leiden sich immer ernster entwickelte. Sie stand oft große Schmerzen aus, und Rolf tat in seiner Gutherzigkeit alles, was er zur Linderung beitragen konnte. Einmal, als sie einen heftigen Anfall von Magenkrämpfen überstanden hatte und rote Flecken auf ihren Wangen brannten, strich er ihr voller Mitleid über das eingefallene Gesicht. Sie haschte nach seiner Hand und hielt sie einen Augenblick lang fest; ihre brennenden Augen suchten die seinigen.

„Rolf," sagte sie, „es geht nicht mehr so weiter; ich werde alt und kümmerlich. Ach, diese schrecklichen Magenschmerzen! Wenn du mir doch bloß bald eine junge Frau ins Haus brächtest! Das würde eine Stütze für mich sein."

Rolf schwieg. Er hatte seit jenem Tage, da er an Antjes Treulosigkeit glauben mußte, kein Weib wieder lieb gewinnen können. Die Mädchen waren ihm gleichgültig; es war ihm auch egal, ob Rethwischhof eine Herrin bekam, ob das Geschlecht weiter gepflanzt wurde oder nicht. Aber freilich, wenn die Mutter mal sterben sollte, wurde es anders; daß er dann mit lauter Dienstboten hausen sollte, war ihm ein ungemütlicher Gedanke.

Er sah die Mutter aufmerksam an. Sie sah wirklich jämmerlich aus. Ihre Hautfarbe war fahlgrün; überall traten die Knochen scharf unter der Haut hervor.

Er sah es wohl ein, daß es nicht lange mehr so weitergeing. Die Hauswirtschaft hatte schon längere Zeit gelitten. Die Mägde verstanden kaum, eine ordentliche Mahlzeit zu kochen. Die Wäsche wurde schlecht gewaschen und kam oft unausgebessert in den Schrank. Im Hühnerstall herrschte keine Ordnung; die Kälber wollten nicht gedeihen, ja selbst die Butter von Rethwischhof büßte ihren alten Ruhm ein. Ueberall fehlte die kräftige, leitende Hand der Hausfrau. Einen Augenblick lang kam Rolf der Gedanke an Antje. Er schüttelte ihn ab, wie er ihn oft abgeschüttelt hatte. Er wollte nicht an sie denken, selbst nicht, wenn seine Mutter gestorben und er ein freier Mann wäre. Ein Weib, das mit jedem Manne kokettierte, konnte er doch nicht heiraten, und wenn es schön wie ein Engel wäre. Antje würde sich auch längst getröstet haben.

Der Gedanke an das Kind kam ihm niemals. Er hatte nie davon gehört; es war ihm nie in den Weg gekommen.

Die Mutter hatte noch viel zu schmieden; Rolf hatte einen zu harten Kopf. „Eine nette Deern, die Karoline," hob sie ein andermal an, „gar nicht hälisch und dabei so ehrbar; die macht ihrem Mann mal keine Flausen vor. Ihr würdet fein zueinander passen."

Rolf dachte nach. Ja, häßlich war sie gerade nicht, auch nicht roh und ungeschliffen und außerdem nicht überfreundlich. Sie kam mindestens zweimal in der Woche, um sich nach der Mutter Befinden zu erkundigen; das zeugte gewiß von einem guten Herzen. Ja, die Mutter hatte recht; es mochte Schlechtere geben, und wenn er einmal heiraten mußte, dann war es wohl gleichgültig, ob diese oder eine andere es war.

Eines Nachmittags kam Karline Peters wieder zu Frau Andersen und brachte ihr ein Rezept gegen Magenschmerzen. Sie mußte bleiben und Kaffee trinken. Als Rolf später hinausging, sagte die Mutter: „Das wäre ein Mann für dich, Karline."

Das Mädchen schüttelte mit zweifelnder Gebärde den Kopf.

„Was macht Rolf sich wohl aus mir."

„Na, paß mal auf, er wird schon mal anbeißen. Dann halt' du ihn man ordentlich fest, mein Deern!"

„Das will ich wohl." Karline umspannte ihre Häkelnadel so fest mit ihren spitzen Fingern, daß sie zerbrach.

Nicht lange danach traf Rolf eines Abends Karline allein. Ihr Vater wäre mal über die Fennen gegangen, sagte sie, und Mutter hätte noch einen Augenblick mit dem Butterklopfen zu tun. Sie müßten aber gleich kommen. Karline saß auf der Sonnenbank vor der Tür, von wo aus man über die Wiesen blickte; sie rückte bei diesen Worten ein Ende weiter, was für Rolf eine Aufforderung war, Platz zu nehmen.

Er setzte sich. Sein Blick schweifte umher. Es saß sich gut hier draußen im Grünen, wo man den schwerfälligen Gang der Ochsen und den Flug der Kiebitze beobachten konnte. Still und friedevoll war es ringsumher. Er lebte ordentlich auf, nachdem er stundenlang die dürre Krankenstubenluft Rethwischhofs geatmet hatte. Sein Blick glitt über Karline hin, die die Maschen an ihrer Häkelarbeit zählte. Es freute ihn heimlich, daß sie auch so etwas machen konnte, was er früher nur bei Antje gesehen hatte. Wie flink und zierlich ihre Finger sich bewegten! Sie sahen gar nicht dick und rot aus wie die der Dienstdeerns. Sein Blick ging weiter und blieb auf ihrem Haar haften, auf das gerade etwas von dem Glanze der untergehenden Sonne fiel. Ihm wurde eigen und warm ums Herz. O, wenn dies Mädchen es verstände, den Sonnenschein hineinzutragen auf Rethwischhof!

In diesem Augenblick hob Karline den Kopf und sah ihn freundlich lächelnd an. Ihre Augen forschten an was er dachte. Er wurde ein wenig verlegen unter ihrem fragenden Blick. Ihm fielen der Mutter Worte ein. Er hatte durchaus nicht die Absicht, ihr einen Heiratsantrag zu machen; soweit war er noch lange nicht. Er sprach die Worte nur aus, weil er sich verpflichtet fühlte, überhaupt etwas zu sagen, was den Blick, mit dem er sie angesehen und den sie aufgefangen hatte, motivierte.

„Mutter meinte, wir würden gut zusammen passen," sagte er und lachte dabei, wie über einen guten Witz.

Er dachte, sie würde auch lachen, aber sie fing das Band das er auswarf, auf mit ihrer kleinen Hand und knotete es fest.

„Ja, Rolf, du hast keine unrechte gewählt," antwortete sie ernst. „Ich will deine Mutter wohl pflegen und dir eine gute Frau sein. Hier hast du meine Hand."

Sie reichte ihm ihre Hand, und ihm blieb nichts weiter übrig, als die dargebotene zu fassen. Er ließ sie freilich sofort wieder los, als ob er dem Feuer zu nahe gekommen wäre und sich verbrannt hätte, aber da kam gerade die Mutter heraus, sich im Nähkommen die nassen Hände abtrocknend, und Karline teilte ihr in ihrer leidenschaftslosen Weise mit, daß sie und Rolf einig geworden wären.

Bald danach kam auch der Vater; die jüngeren Geschwister stürzten wie auf ein Kommandowort hervor. Alle waren in prächtigster Laune. Der Bauer holte eine Flasche Wein aus dem Keller. Man machte es sich in der Wohnstube gemütlich. Es wurde auf die Verlobung angestoßen und von Hochzeit und Aussteuer gesprochen. Als er ging, hing sich Karline an seinen Arm und begleitete ihn bis an die Trift.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220130-15/fragment/page=0002

...ssen des Staatsrates abgelehnt. Wir können es nicht billigen, ... die Defizitwirtschaft von einem zum nächsten Jahre fortgesetzt ...d. Wollen wir das, so kommen wir um die Grundsteuer nicht ...um. Den Vorschlag, den Gemeinden die Grundsteuer zu über...en, lehnen wir ab, denn die Grundsteuer ist die einzige ergiebige ...euerquelle, die den Ländern zur Verfügung steht. Den Ge...inden ist ja übrigens die Möglichkeit gegeben, ihrerseits Zu...läge zur Grundsteuer zu erheben. Selbst der Finanzminister ...rte, daß er sich den Entwurf nicht in allen Einzelheiten zu ...en mache. Das gilt für uns erst recht. Der einheitliche ...euersatz von 4 pro Tausend ist vollkommen un...möglich, weil er unsozial ist und keine Unterschiede betreffs ... Verwendungszwecke der Grundstücke und der Gebäude auf ihnen ...cht. Wir erstreben Vergünstigungen für die Klein...edlungen und für die Grundstücke, auf denen sich Mietshäu... befinden. Die Mindererträge, die der Finanzminister von sol...n Vergünstigungen befürchtet, können auf der anderen Seite ...r gut wieder hereingeholt werden. So kann der Großgrund...tz viel schärfer zur Steuer herangezogen werden. Ebenso be...klich erscheint uns die Wertbemessung der Grundstücke, die der ...euerfestsetzung zugrunde liegt. Wir fordern dagegen die Bewer...g nach dem gemeinen Wert. Weiter stimmt uns bedenklich, daß ...ine Kautelen gegen die Möglichkeit der Abwälzung der ...euer vorhanden sind. Die Agrarier werden sie auf die Preise ...er Produkte aufschlagen. Die Hausbesitzer werden sie auf die ...ieter abwälzen. Eine Belastung der Mieter kann nur verhindert ...rden durch eine soziale Staffelung der Steuersätze. Wir werden ... den Ausschußverhandlungen den sozialen Gedanken in den Vor...grund schieben, aber auch dafür sorgen, daß die Steuer zu einer ...giebigen Steuerquelle für den Staat wird. (Beifall b. d. Soz.)

Die Vertreter der bürgerlichen Parteien, die Abg. Strebe (...tr.), Dr. Preyer (Dn.), Dr. Leidig (DVP), Dr. Höder...chhoff (Dem.) erheben natürlich ein großes Geschrei über die ...euer, die wieder einmal die Produktivität der Wirtschaft nach ...rem Urteil erdrücke. Dagegen vertraten der Unabhängige Wick ...d der Kommunist Katz die Anschauung daß diese Steuer im ...unde eine Verbrauchs- und Mietsteuer sei. Dieses ...rteil ist nicht ganz unberechtigt. Unsere Fraktionsvertreter im ...usschuß werden ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß die Vor...ge so geändert wird, daß sie diesen Charakter verliert. Wenn ...ese Redner aber weiter glaubten, sich an der Sozialdemokratie ...iben zu müssen, und ihr vorwarfen, daß das Steuerkompromiß ...nen völligen Verzicht auf die Erfassung der Sachwerte bedeute, ... hatte ihnen schon Genosse Krüger-Potsdam in der Freitags...ung bei der Etatsberatung das Nötige erwidert. Die Sozial...mokratie hat keineswegs auf diese ihre Forderung verzichtet. ...ie mußte sie nur im Interesse eines schnellen Handelns ...rückstellen und sich mit der Zwangsanleihe als einer ...bschlagszahlung begnügen. Das äußerst schwach besetzte ...aus verwies die Vorlage schließlich an einen Ausschuß von 29 ...itgliedern. Das Plenum des Hauses wird erst am 7. Februar ...ieder zusammentreten, um die Notlage der Gemeinden zu be...rechen. In der Zwischenzeit wird der Hauptausschuß die Etat...eratung, die mit dem Kultushaushalt beginnt, kräftig fördern.

Aus den Parlamentsausschüssen.

...ie automatische Anpassung der Beamtengehälter. — Zucker...uer 25 Pfg. das Pfund. — Abgabe zur Förderung des ...ohnungsbaus. Monopolverwaltung und Liköre. — Zehnfache ...rhöhung der Geldstrafen. — Genehmigung zur Strafverfolgung Scholems.

Berlin, 28. Januar.

Der Ausschuß des Reichstages für Beamtenangelegenheiten ...t am Sonnabend einen Unterausschuß von acht Mitgliedern zur ...rüfung der Frage angesetzt, ob und in welcher Weise die Be...mtengehälter automatisch der jeweiligen ...euerung angepaßt werden können. Schon in der nächsten ...oche wird dieser Unterausschuß seine Arbeiten aufnehmen.

Im Reichstagsausschuß für Verbrauchssteuern wurde am ...onnabend zunächst die Zuckersteuer in zweiter Lesung er...digt. Die Steuer wurde entsprechend dem allgemeinen Steuer...ompromiß mit 50 Mark für den Doppelzentner bestimmt. Als...ann trat der Ausschuß in die zweite Lesung der Kohlensteuer ...n. Gemäß dem Steuerkompromiß wurde die Kohlensteuer auf ...0 Prozent erhöht.

Im Ausschuß für Wohnungspolitik wurde die Novelle zum ...esetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förde...ung des Wohnungsbaues in erster Lesung mit einer ...om Abg. Bahr (Dem) beantragten Aenderung angenommen. ...ie Aenderung verlangt, daß die Vorschrift über die Befreiung ...nd der Abgabe oder deren teilweisen Erlaß dann angewendet ...erden kann, wenn das Einkommen des Abgabeschuldners 10 000 ...ark nicht übersteigt.

Im Reichstagsausschuß für Branntweinmonopol wollte ein ...ntrag Budjia (USP.) die Regierungsvorlage wieder herstellen, ...odurch die Monopolverwaltung die Möglichkeit haben ...ll künftig auch anders als die dem Massenverbrauch dienenden ...infachen Trinkbranntweine, also auch Liköre usw. herzu...ellen. Der Antrag wurde abgelehnt. Abg. Brey (Soz.) er...lärte, daß sich seine Parteigenossen durch diese Abstimmung vor ...ine neue Situation gestellt sehen.

Die §§ (?) wurden im wesentlichen unverändert ange...ommen nur wurde die Höchstgrenze der Geldstrafen ...m allgemeinen bis zum zehnfachen Betrage erhöht. — Die ...eitere Beratung, insbesondere über den Termin des Inkraft...retens des Gesetzes erfolgt am Dienstag.

Der Geschäftsordnungsausschuß des preußischen Landtages ...eriet am Freitag über die strafgerichtliche Verfolgung des Abg. ...cholem (Kom.) und bestätigte am Freitag abend seinen frü...eren Beschluß, die Genehmigung zur Strafverfol...ung zu erteilen, die Inhaftnahme aber zu versagen.

Die Verleumdung blüht.

Nach einer Mitteilung der preußischen Regierung an den Landtag hat der Märzaufstand bei der Zivilbevölkerung 145 Tote, 51 Verwundete und 2 Vermißte, bei der Schutzpolizei 32 Tote, 67 Verwundete an Opfern gekostet. Die „Kreuz-Zeitung“ nimmt diese Mitteilungen zum Anlaß, gegen die Genossen Hörsing, Severing und Braun die unerhörtesten Angriffe zu schleudern, bei denen sie allerdings auf freudige Zustimmung der von ihr eifrig zitierten kommunistischen Presse rechnen kann. Von Hörsing wird insbesondere behauptet, er habe „mitten im Aufruhr in vollster Kopflosigkeit den Verbrechern sogar gänzliche Straffreiheit zugesichert.“

Diese von deutschnationaler Seite schon früher — allerdings in weit schwächerer Form — aufgestellte Behauptung ist im Preußischen Untersuchungsausschuß für die mitteldeutschen Unruhen durch die Vernehmung des Majors Folte, des Oberpräsidenten Hörsing und des Oberregierungsrats Frenseng auf das allereingehendste geprüft worden. Dabei hat sich einwandsfrei herausgestellt, daß von dem ganzen Gerede auch nicht das mindeste wahr ist. Die deutschnationalen Ausschußmitglieder sahen sich genötigt, auf Grund der Beweisaufnahme diesen Anklagepunkt vollkommen fallen zu lassen. Um so bezeichnender, daß die „Kreuz-Zeitung“ die alte Lüge eisenstirnig wieder aufwärmt!

Rheinisches Treuegelöbnis.

Kundgebung für „Die Not der Rheinlande“. — Hände weg vom deutschen Lande, vom deutschen Volk am Rhein.

Berlin, 29. Januar.

Unter dem Vorsitze des Reichstagspräsidenten Löbe wurde am Sonntag, den 29. Januar im Rheingold zu Berlin eine Kundgebung über „Die Not der Rheinlande“ veranstaltet. Der Berliner Lehrergesangverein leitete die von den tausenden in Berlin lebenden Rheinländern stark besuchte Versammlung mit einem Liede ein. Es sprachen die Reichstagsabgeordneten Hofmann (Ludwigshafen), Moldenhauer (Köln), Sollmann (Köln), Korell (Ingelheim) und der preußische Landtagsabgeordnete Bachem. Genosse Sollmann umriß die Rheinlandpolitik der Sozialdemokratie in folgenden Sätzen: Wir rheinischen Sozialdemokraten erheben als Gegner des Militarismus gegen die großen Besetzungsheere Einspruch. Die rheinischen und die deutschen Arbeiter überhaupt wehren sich dagegen, ungezählte Milliarden Mark für den Militarismus der Entente aufbringen zu müssen. Die Abrüstung sollte am Rhein beginnen. Die Behauptung, daß Frankreich mit seinem gewaltigen stehenden Heere, mit seinen Reserven und waffenstarrenden Arsenalen von den Polizeitruppen des entwaffneten Deutschland bedroht werden könne, ist ein Märchen. Neunhundertneunundneunzig von tausend Rheinländern, gerade auch in der Arbeiterklasse, stehen treu zum Deutschen Reiche. Im Ganzen Rheinlande darf niemand wagen, öffentlich für eine Loslösung von der deutschen Republik aufzutreten. Das ist nur möglich unter dem Schutze französischer Bajonette. Das Deutschland von Kant und Fichte, von Schiller und Goethe, von Lessing und Heine, von Mozart und Beethoven, von Marx und Engels, von Borsig und Siemens, von Weber und Wagner, von Lasalle und Bebel, von Klinger, Hauptmann und Dehmel liebt auch der rheinische, der deutsche Sozialdemokrat über alles, über alles in der Welt. Es gab niemals in der rheinischen Arbeiterklasse eine Abneigung gegen Frankreich; auch jetzt bekämpfen wir nur bestimmte Tendenzen der französischen Politik, nicht die Franzosen. Der Ruf der rheinischen Arbeiterklasse an Frankreich ist: Verlangt von uns Anspannung bis zum Aeußersten zur Erfüllung unserer Verpflichtungen aus dem verlorenen Kriege, und wir werden uns fügen. Unser Fleiß wird uns helfen, unsere Organisationsgabe wird uns raten. Aber Hände weg von dem deutschen Lande und dem deutschen Volk am Rheinland! Der Friede Europas und die Versöhnung Frankreichs erfordern, daß die Rheinlande bleiben, was sie sind: ein Glied des deutschen Reiches.

Maslow verhaftet.

Am Sonntag vormittag haben Beamte der Berliner politischen Polizei den Führer der moskautreuen Berliner Kommunisten radikaler Richtung, Schriftsteller Maslow, sowie den angeblich während der Münchener Rätezeit hervorgetretenen Kommunisten Willi Budich festgenommen. Beide befanden sich im Besitz gefälschter Pässe und anderer Ausweispapiere. Maslow hatte den Namen Dr. Theodor Fleck angenommen, Budich den Namen Robert Langer. Sie werden sich wegen intellektueller Urkundenfälschung zu verantworten haben. Budich soll nach Erledigung dieses Verfahrens nach München gebracht werden, da er von der dortigen Staatsanwaltschaft seit dem Jahre 1920 steckbrieflich wegen Hochverrats und Beteiligung am Geiselmord gesucht wird.

Dieser Eifer, der bayerischen Justiz neue Opfer zuzuführen, ist um so befremdlicher, als es der bayerischen Polizei und Staatsanwaltschaft noch immer nicht gelungen ist, die Mörder von Gareis und die Geheimbündler, die an Erzbergers Ermordung beteiligt waren, dem Richter zu überliefern.

Amerika bleibt Genua fern.

London, 27. Januar. Reuter meldet aus Washington: Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht bereit ist, an der Konferenz von Genua, die zu dem vorgesehenen Zeitpunkte stattfinden werde, teilzunehmen. Die amerikanische Regierung würde indessen dem Plan einer Wirtschaftskonferenz, die später, d. h. wenn Europa Zeit gehabt habe, wieder zu stabilen Zuständen zu gelangen, abzuhalten wäre, günstig gegenüberstehen.

□ **Ein neuer Hiller-Helmhake-Prozeß.** In dem unseren Lesern bekannten Fall der tödlichen Mißhandlung des Soldaten Helmhake durch den Oberleutnant Hans Hiller, wurde der Angeklagte zu der überaus milden Strafe von 6 Monaten Festung verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt. Die Revisionsverhandlung findet am 17. Februar 1922 vor dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts statt. Das Schwurgerichtsurteil ist am 18. März 1921 ergangen. Die Revisionsverhandlung hat also fast genau elf Monate auf sich warten lassen.

□ **Auflösung Berliner Selbstschutzverbände.** Wie der amtliche Preußische Pressedienst meldet, hat Minister Severing in einem Erlaß an den Berliner Polizeipräsidenten folgendes verfügt: Gemäß § 1 des Gesetzes vom 22. März 1921 löse ich hierdurch mit Zustimmung der Reichsregierung den „Berliner Selbstschutz“, G. m. b. H., und den „Faltenbund“ (Selbstschutz Hallesches Tor), beide in Berlin, mit sofortiger Wirkung auf. Personen, die sich an einer der aufgelösten Organisationen beteiligen, werden gemäß § 4 a. a. O. mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit Festung bis zu 3 Monaten oder mit Gefängnis bis zu gleicher Dauer bestraft.

Parteinachrichten.

Ein Achtzigjähriger!

Am Montag, den 30. Januar, vollendet der Senior der Partei in Niederschlesien, Genosse Hugo Keller, Görlitz, sein 80. Lebensjahr. Er gehört zu den wenigen Alten, die von Jugend an der Partei dienbar waren. Den alten Tabakarbeiter, dessen Wiege in Breslau stand, und der bis zu seinem 65. Lebensjahr als kleiner Fabrikant seine „Nudeln“ drehte, zeichnet noch heute eine seltene körperliche und geistige Frische aus. Er war es auch, der zu seiner Freude den Parteitag in Görlitz eröffnen konnte. Mancher der Delegierten und Gäste wird nicht vermutet haben, daß der leichtfüßige Alte mit dem durchfurchten Gesicht und den noch so hell leuchtenden Augen, der aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und im besonderen, der Partei so freiweg ein anschauliches Bild gab, eine nahezu Achtzigjähriger war. Was der alte Hugo Keller für die gesamte Arbeiterbewegung im Görlitzer Bezirk geleistet hat, ist gelegentlich des Parteitages von unserem Görlitzer Parteiblatt eingehend gewürdigt worden. — Bei Errichtung des Arbeitersekretariats 1907 wurde er von seinem Arbeitstisch weggeholt und durch das Vertrauen der Gewerkschaften mit dem Posten des Sekretärs betraut. Seit 1913 wirkt er als einer der ersten sozialdemokratischen Stadtverordneten im Görlitzer Stadtparlament, das ihm im Jahre 1919 mit noch vier Genossen als unbesoldeten Stadtrat in den Magistrat entsandte. Alle seine Aemter versieht er heute noch mit nimmermüdem Eifer. Er ist einer von den zähen Naturen, die ein hartes Proletarierleben, rastlose Arbeit und aufopfernde Hingabe für die hohen Ziele des Sozialismus so gestählt haben, daß er an ein Alter herangekommen ist, wie es die meisten aus der breiten Masse des Volkes nicht annähernd erreichen. Mögen ihm, der seit sechs Jahrzehnten in der Partei- und Gewerkschaftsbewegung seinen Mann steht, an seinem Lebensabend noch viele frohe und glückliche Tage beschieden sein. Die jüngeren und jungen Genossen aber möge das vorbildliche Wirken der Aeltesten unter den Alten der Partei zur Nachahmung dienen.

Wirtschaft.

Ausbau der Kohlenwirtschaft.

In den Verbandsorganen einiger Afa-Verbände ist ein Artikel zum Ausbau der Kohlenwirtschaft erschienen, der sich mit der durch die Verhandlungen in Cannes notwendig gewordenen Erhöhung der Kohlenpreise befaßt und der darauf hinweist, daß auf Grund des Kohlenwirtschaftsgesetzes der Reichskohlenrat die Möglichkeit habe, äußerst weitgehende Eingriffe in die Kohlenwirtschaft, soweit der Absatz in Frage kommt, vorzunehmen. Der Reichskohlenrat soll nach dem Gesetz die „gemeinwirtschaftliche Organisation der Kohlenwirtschaft“ regeln. In den Ausführungen heißt es:

„§ 47: Der Reichskohlenrat leitet die Brennstoffwirtschaft einschließlich der Ein- und Ausfuhr nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen.

§ 49: Er hat das Recht, allgemeine Richtlinien für die Brennstoffwirtschaft zu geben, insbesondere zur Ausschaltung unwirtschaftlichen Wettbewerbes und zum Schutze der Verbraucher.“

Auf Grund dieser weitgehenden Befugnisse ist der Reichskohlenrat imstande, grundlegende Aenderungen in der Kohlenwirtschaft vorzunehmen. In dem Artikel werden die Schwierigkeiten, die sich aus der heutigen Zwangswirtschaft im Kohlenbergbau ergeben, die aber in absehbarer Zeit, wenn Kohlenflüssigkeit ein- verschieden die Kohlenpreise infolge der heutigen Art der Festsetzung für gleiche Sorten in verschiedenen Revieren sind. So kostet z. B. die Tonne

Steinkohle gewasch. Nuß:		
	Rheinland-Westfalen	440 M.
	Waldenburg	607 „
	Aachen-Nordstern	750 „
Braunkohle-Briketts:		
	Rheinland	222 M.
	Mitteldeutschland	825 „
	Frankfurt a. O.	407 „

In dem Artikel werden die Schwierigkeiten gezeigt, die sich aus der verschiedenen Preishöhe bereits heute ergeben, die aber in absehbarer Zeit, wenn Kohlenflüssigkeit einsetzt sich ungemein verschärfen müssen. Es wird weiter darauf hingewiesen, daß im Gegensatz zur Vorkriegszeit die Löhne der Arbeitnehmer nicht mehr diese großen Unterschiede wie früher aufweisen können, sondern daß mindestens soviel gezahlt werden muß, um dem Arbeitnehmer die Arbeitskraft zu erhalten, außerdem aber den Bergbau zu befähigen, neue Arbeitskräfte aus anderen Industrien heranzuziehen. Diese Schwierigkeiten werden durch die Forderungen der Entente in Cannes noch verschärft werden. Eine grundlegende Neuregelung macht sich notwendig, weshalb in dem Artikel die Forderung aufgestellt wird, der Reichskohlenrat solle das Kohlenwirtschaftsgesetz in der Hinsicht auslegen, daß

1. für gleiche Sorten gleiche Preise für das gesamte Deutsche Reich innerhalb der Grenzen, die durch Frachten usw. bedingt sind, d. h. mit einem Schlagwort ausgedrückt, Einheitspreise festgesetzt werden.
2. unabhängig von den Verkaufspreisen die Preise festgesetzt werden, die den Werken für ihre Produktion zu zahlen sind, d. h. es müssen Verrechnungspreise festgelegt werden, die den Verkaufseinheitspreis unterschreiten und übersteigen und die auf den Selbstkosten der Werke basieren.

Praktisch bedeutet das, daß dem Reichskohlenverband die Befugnisse eines Zentralsyndikates übertragen werden, welches als Reichsausgleichskasse wirkt.

Da diese Aenderungen von dem Gesichtspunkt aus verlangt werden, daß ihre Einführung ein Schritt auf dem Wege zur Durchsetzung der einen der zehn Forderungen der Gewerkschaften sei und zwar des Punktes 2, der die Sozialisierung des Kohlenbergbaues fordert, so setzen sich sehr starke Kräfte für die Durchführung ein.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Mit dem europäischen Wirtschaftsproblem beschäftigt sich sehr eingehend die englische Arbeiterpartei und der Ausschuß des Gewerkschaftskongresses in einer Tagung, die im Dezember vorigen Jahres stattfand. Die Verhandlung beansprucht besondere Beachtung, weil in durchaus richtiger Erkenntnis die englische Arbeitslosigkeit auf die ganz unleidlichen Verhältnisse zurückgeführt wurde, die durch den Versailler Vertrag und die Politik der englischen Regierung entstanden sind. In der einleitenden Rede wies der Vorsitzende Walker darauf hin, daß der englische Versuch, Deutschland niederzuringen und den deutschen Militarismus zu beseitigen, nur dazu geführt habe, daß der Militarismus in Frankreich neu erstehe. Europa sei, so führte der Redner unter deutlicher Bezugnahme auf Frankreich aus, den Diktatoren, militärischen Abenteurern und geldgierigen Erpressern ausgeliefert. Mit großem Nachdruck wurde gefordert, daß in der Politik zu Rußland eine Aenderung eintreten muß und die künstlichen Schranken die in der englischen Industrie und im Handel gezogen werden, fallen müssen. Die Versorgung der europäischen Länder mit Rohstoffen sowie die Gewährung von Krediten oder Anleihen müssen durch internationale Verständigung geregelt werden. Nur so könne eine Gesundung der Wirtschaft und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit erlangt werden. In diesem Sinne äußerte sich auch der Vertreter der Arbeiterpartei, Mac Donald. Schließlich wurde eine im Sinne dieser Ausführungen gehaltene Resolution angenommen.

Zu welchen wirtschaftspolitischen Maßnahmen die Störungen im internationalen Handelsverkehr führen, lassen die Bemühungen erkennen, die im nordamerikanischen Parlament zugunsten einer Unterstützung der dortigen Schiffahrtsgesellschaften betrieben werden. Es sind fünf Kommissionen beauftragt, zu untersuchen, in welcher Weise die amerikanische Schiffahrt auf eine bessere konkurrenzfähige Position gehoben werden kann. Vor kurzem wurde ein Bericht veröffentlicht, der u. a. folgende sehr bemerkenswerte Vorschläge enthält: Es sollen der amerikanischen Schiffahrt jährlich 34 Millionen Dollar zugeführt werden. Diese Summe würde aufzubringen sein durch einen Zoll, der auf die von fremden Schiffen eingeführten Waren gelegt wird, und 4 Millionen Dollar durch einen besondere Abgabe, die den fremden Schiffen auferlegt wird, die in amerikanische Häfen anlaufen. Weiter wird vorgeschlagen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220130-15/fragment/page=0003

ein Einkommensteuer-Nachlaß an amerikanische Firmen, die einen gewissen Anteil ihrer Fracht amerikanischen Schiffen übergeben. Sodann will man ein staatliches Versicherungsinstitut gründen mit einem Kapital von 1 Million Dollar, das amerikanische Schiffe und Ladungen zu niedrigen Sätzen versichert. Die Einwanderung soll so beeinflußt werden, daß 50 v. H. der Einwanderer amerikanische Schiffe zur Ueberfahrt benutzen müssen. Daneben sollen für fremde Schiffe noch eine Reihe anderer Erschwerungen eintreten. Würde diese amerikanische Subsidien-Wirtschaft durchgeführt, so würde die Konkurrenz der deutschen Schiffahrtsgesellschaften ungeheuer erschwert und die einträglichste Linie in ihrem Ertrag stark bedroht.

Ueber die Entwicklung unserer Aktiengesellschaften und G. m. b. H. im verflossenen Jahre liegt jetzt der Gesamtabschluß vor. Er gibt eine Inanspruchnahme des Kapitalmarktes in nie gekannter Höhe zur Kenntnis. An Neugründungen von Aktiengesellschaften sind 1175, an G. m. b. H. 11 755 zu verzeichnen. Für beide wurde ein Gesamtkapital von 7,5 Milliarden Mk. aufgebracht. Eine noch viel größere Rolle spielt die Kapitalerhöhung. Diese beläuft sich für beide Körperschaften auf 22,8 Milliarden Mk. Stellt man dazu in Vergleich die Ansprüche an den Kapitalmarkt für das Jahr 1913, so ergibt sich für Neugründungen die Summe von 584,4 Millionen und für Erhöhung des Aktienkapitals 630 Millionen Mark. Die Beanspruchung des Kapitalmarktes im verflossenen Jahre ist, selbst wenn man die Entwertung der Mark in Berechnung stellt und dabei einen 20fachen Entwertungsfaktor annimmt, nahezu an die Ansprüche im Jahre 1913 gestiegen. Dabei ist bemerkenswert, daß diese enormen Ansprüche restlos am Kapitalmarkt im Inland gedeckt wurden, mithin Riesensummen aus dem Ertrag der deutschen Unternehmungen zur Kapitalneubildung verwendet werden konnten.

Der Wert der Mark. Der Wert der Mark betrug am Sonnabend und Sonntag in Amerika 2.11 Friedenspfennige, was einer Bewertung des Dollars mit 201.01 Mark entspricht, während der Dollar in Berlin am Sonnabend amtlich 200,04 Geldkurs notierte.

Aus aller Welt.

New Yorker Theaterbrand.

Vierzig Tote. — 200 Verletzte.

New York, 30. Januar. Dem Newyorker Funkspruch der Montagspost zufolge brach gestern abend während der Vorstellung im Knickerbockertheater in Newyork Feuer aus, das mit rasender Geschwindigkeit um sich griff und das ganze Theater alsbald in ein Flammenmeer hüllte. Bis Sonntag früh 2½ Uhr waren aus den Trümmern vierzig Leichen geborgen. **Die Zahl der tödlich Verunglückten wird auf 50 bis 100, die der Verletzten auf 100 bis 200 geschätzt.**

Der Selbstmordversuch des Mörders von Kleppelsdorf.

Der Mörder von Kleppelsdorf, Grupen, hat, wie aus Hirschberg vor einigen Tagen gemeldet wurde, in seiner Zelle einen Selbstmordversuch gemacht. Bald nach seiner Verurteilung zum Tode war Grupen sehr niedergeschlagen, er erholte sich aber bald wieder und trug seine alte zuversichtliche Miene zur Schau. Vor etwa zwei Wochen fiel dem Gefängnisbeamten auf, daß es in der Zelle von Grupen sehr ruhig war. Durch das Beobachtungsfenster sah er, daß Grupen Maßnahmen traf, sich zu erhängen. Die Beamten wollten schnell die Zellentür öffnen, doch leistete diese starken Widerstand, denn Grupen hatte auf irgendeine Weise die Tür versperrt. Die Tür wurde dann gewaltsam aufgebrochen, und man kam noch rechtzeitig, um den Selbstmord zu verhindern. Darauf wurde Grupen, der bis dahin in Einzelhaft saß, in eine Gemeinschaftszelle gebracht. Kurz nach diesem Vorfall ist Grupen, allerdings nicht lange, in den Hungerstreik eingetreten, verweigerte die Nahrungsmittelaufnahme, besann sich aber bald eines besseren. Er bereitet jetzt den Beamten allerhand Schwierigkeiten und hat besonders einen Beamten gewisser Pflichtwidrigkeiten beschuldigt. Hierüber schwebt eine Untersuchung.

Einsturz eines Kinodaches.

69 Personen getötet. — 100 verletzt.

Washington, 30. Januar. Gestern abend stürzte infolge des starken Schneefalles das Dach eines Kinos ein. **69 Personen wurden getötet und etwa hundert verletzt.** Darunter befindet sich der dritte Sekretär der italienischen Botschaft Tommaso Asseretto.

100 Parabellum-Pistolen gestohlen. Wie der L. A. aus Hamburg meldet, wurde dort eine Kiste mit 100 Parabellum-Pistolen im Werte von 170 000 Mark, die zur Ausfuhr nach Newyork bestimmt waren, von unbekannten Dieben aus dem Hofe eines Warenhauses fortgeschafft.

Ein Ehepaar zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Essen verurteilte, wie uns ein Telegramm meldet, gestern in später Abendstunde das Ehepaar Burkhardt wegen Ermordung seiner 12jährigen Tochter Elisabeth zum Tode und zu dauerndem Ehrverlust.

Selbstmord eines Gymnasialprofessors. In Bromberg wurde der frühere Gymnasialoberlehrer Professor Wiesner in seiner Wohnung tot aufgefunden. Er hatte sich mit einem Rasiermesser die Kehle durchschnitten. Da materielle Gründe nicht in Frage kommen, dürften die Beweggründe in seelischen Erschütterungen liegen, die die politische Entwicklung im Osten nach der Abtretung dieser Gebiete an Polen genommen hat.

Die Luft von Manchester. Wie man aus London berichtet, geht die größte Industriestadt Englands, Manchester, jetzt dazu über, ihre Luft vom Rauche zu befreien. Schon seit vielen Monaten ist eine Kommission tätig, um das Material zu sammeln, wie der Rauchgehalt der Luft auf ein Minimum beschränkt werden könnte. Zunächst soll nun eine Vorschrift an die gaserzeugenden Werke ergehen, zur langsamen Ueberverbrennung der Kohle überzugehen. Dieses Verfahren sichert ebensogut eine Rentabilität wie das bisher übliche. Es ergibt sich aber auch noch der Vorteil, daß die Atmosphäre von Kohlenpartikelchen und Kohlenstaub befreit ist. Auch an die größeren Fabriken soll die Aufforderung ergehen, die aus den Schornsteinen entweichenden Massen frei von Rauchkörperchen zu halten. Für die Versuche waren bisher schon von der Stadtverwaltung Manchester 400 000 Lst. bewilligt worden. Nun ist ein neuer Kredit von 600 000 Lst. eröffnet worden, aber auch dieser wird die Luft in Manchester noch lange nicht rauchfrei machen.

Gewerkschaftliches.

Die Leipziger Konferenz der Bergarbeiter.

Wolff's Telegraphenbüro verbreitet über die Konferenz folgenden Bericht:

Gestern am Sonntag fanden sich in Leipzig 200 Delegierte der mitteldeutschen Bergarbeiter zu einer Konferenz zusammen. Die Delegierten vertraten 150 000 Bergarbeiter des gesamten mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues. Zu den schwebenden Tarifverhandlungen, die bekanntlich abgebrochen wurden, nahmen sie nach gründlicher Aussprache nahezu einstimmig die folgende Entschließung an:

„Die am 29. Januar im Volkshause in Leipzig tagende Konferenz der Arbeitervertreter aller am Tarif des Braunkohlenbergbaues beteiligten Gewerkschaften beschließt: Die Konferenzteilnehmer erklären sich mit den Maßnahmen der Verbandsleitungen einverstanden und erklären, daß sie rücksichtslos die strittige Frage zur baldigen Entscheidung bringen."

Die Konferenz hat weiterhin einstimmig die am Sonnabend in Berlin zugesagten Lohnerhöhungen von 10 bezw. 8,50 Mark für die Schicht angenommen mit dem Vorbehalt, daß nicht der Verlauf der Teuerungsentwicklung neue Verhandlungen erforderlich macht. Die Verhandlungen wurden durchaus ruhig und sachlich geführt. Von einer Streikgefahr kann daher im Augenblick nicht gesprochen werden.

Heute, am Montag vormittag finden Vermittlungsverhandlungen in Halle statt, die vom Reichsarbeitsminister geleitet werden.

Briefkasten der Redaktion.

R. W.-Merseburg. Ihre Polemik mußte leider, da der aktuelle Stoff zu stark drängte, von Tag zu Tag zurückgestellt werden. Wir sind deshalb zu unserem lebhaften Bedauern gezwungen, von einer Veröffentlichung Abstand zu nehmen.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Jubiläum der Oelfabrik A. Schultze u. Comp. Am nächsten Donnerstag, den 2. Februar, feiert die Oelfabrik A. Schultze u. Comp. den Tag ihres fünfzigjährigen Bestehens. Ursprünglich als Handelsunternehmen gedacht, wuchs sich die von August Schultze gegründete Firma bald zu einer Fabrikanlage großen Stiles aus. Bereits im Entstehungsjahre wurden die Grundstücke auf der Pfännerhöhe 65 erworben und bebaut, die heute den geräumigen Sitz der verschiedenen Fabrikationszweige bilden. An der Zentralisierung der örtlichen Gewinnung und der fabrikatorischen Aufarbeitung deutscher Kiefernharze für die Wagenfett- und Gummiindustrie, dem Zeitungs- und Brauereigewerbe ist die Firma hervorragend beteiligt gewesen. Auch der Not der Seifenerzeugung während des Krieges wandte die Fabrik ihre Aufmerksamkeit zu. Da die bessern Fette der Margarineerzeugung zuwanderten, wurde der aus der Walfischleber stammende Edeltran als Rohstoff für Seife bearbeitet. Neben diesen beiden Hauptfabrikationszweigen betreibt die Firma A. Schultze u. Comp. die Erzeugung einer Reihe technischer Oele und Fette für besondere Industrien.

Verantwortlich für leitenden Artikel, Politik und Feuilleton: F. O. H. Schulz, für Lokales, Gewerkschaftliches und Genossenschaftliches: Paul Täumel, für Provinzielles und Allgemeines: i. V. Paul Täumel, für Anzeigen und Verlag: Wilhelm Herzig, sämtlich in Halle.

U.T
Leipziger Straße 88.
Ellen Richter
in dem Schauspiel in 6 Akten
Das Rätsel der Sphinx.
Charlie Chaplin
in der Groteske
Chaplin schiebt Klaviere.
Die neuest. Wochenberichte.
Brand der Sarotti-Schokoladenfabrik.
— Beginn: 4 Uhr. —

U.T
Alte Promenade 11a.
Carola Toelle
in dem Schauspiel in 5 Akten nach Alexander Dumas
KEAN
Genie u. Leidenschaft.
Eine angebrochene Ehe.
Amerikan. Lustspiel in 5 Akten.
— Beginn: 4 Uhr. —

Walhalla-Lichtspiel-Theater.
Jubelnden Beifall erntet der Kabarett-Film
Das Mädel vom Ballett
3 humorvolle Akte.
Persönlich Mitwirkende Gertrud Riegel, Gesang, Lo Lysela, Tanz.
Büchse u. Lasso
V. Episode
Durch Not u. Tod.
6 Akte
Die Flucht vor der Liebe. Lustsp. in 2 Akt
Beginn: 4 Uhr.

C.T. Licht-Spiele gr. Ulrichstr. 51.
Nur noch 3 Tage!
Erstaufführung des vierten und letzten Teils
Geheimnisse von Berlin
Berlin-Fröbelstr.
Im Asyl für Obdachlose
Ferner:
Bumsdorf filmt
mit Gerhard Dammann.
Beginn täglich 4.00, 6.15 und 8.30 Uhr.

Telephon 1577.
Rohstoff-Verwertungs-G.m.b.H.
Domplatz 9
zahlt die höchsten Tagespreise
für
Lumpen, Papier, Knochen, Alteisen u. Altmetalle
usw.

Soeben erschienen:
Parvus,
Der wirtschaftliche Rettungsweg.
Jeder Parteigenosse muss diese Schrift lesen!
Preis Mark 8.00.
Eduard Bernstein,
Das Görlitzer Programm der S.P.D.
Der Preis hierfür beträgt Mark 10.00
Für Parteigenossen . . „ 7.50
Beide Schriften sind zu haben in der Partei-Buchhandlung
„Volksstimme", HALLE a. S., Gr. Ulrichstrasse 27.

Stadt-Theater
Dienstag, den 31. Jan.
Anf. 7½, Ed. geg. 10 Uhr
Schwanenweiss
Märchenspiel von Strindberg
Mittwoch
Die neugierigen Frauen

Hallisches Operetten-Theater
Am Riebeckplatz.
(Fernruf 6183.
Dienstag d. 31. Januar abends 7½ Uhr:
Der Vetter aus Dingsda
Mittwoch, d. 1. Febr., abends 7¼ Uhr
Die Geisha.
Vorverkauf täglich ab ½10 Uhr.

Leisten
neuester Fassons in allen Größen vorrätig.
P. Andersch, Lederhandlung
Magdeburger Straße 8

Schlaf-Zimmer, Küchen
und einzelne
Möbel
in allen Preislagen liefert
G. Schaible,
Gr. Märkerstraße 26.
Neben Ratskeller.

Unseriner Insint
Pickel, Mitesser, Blüten verschwinden sehr schnell, wenn man abends den Schaum v. Zucker's Patent-Medizinal-Seife eintrocknen läßt. Schaum erst morgens abwaschen u. mit Zuckooh-Creme nachstreichen. Großartige Wirkung. v. Tausenden bestätigt. In allen Apothek. Drogerien, Parfümerie- u. Frisörgeschäften erhältlich.

Kaufgesuche
Suche zu kaufen
getragen oder neu
Mil.-Mantel, Rock, Hose, Herrenstoffe u. Futter
Hammer, Rathausstr. 17 Hof 1 Tr.

Ein- und Verkauf von getr. Garderoben
usw.
G. Lukas, Merseburg, Sand 1.

Alle Sorten Felle
Häute, Wolle, Haare
kaufen zu höchsten Tagespreisen
Gebr. Danglowitz
Fischerpan 2

Vermischtes
Strümpfe
jeder Art, neu und anstricken
Winterstein, Olearinsstr. 9.

Wratzke u. Steiger, Hoflieferanten Pos str. 9-10.
Juwelen — Gold — Silber.

Schreibwaren, Ansichtskarten, Künstlerkarten
Naumburger Volksbuchhandlung
Markt 10.
Buchhandlung Volksstimme Halle.

Amtliche Bekanntmachung.

Bekanntmachung.

Durch Gemeindebeschluß sind mit Zustimmung der Polizeiverwaltung hierselbst in Abänderung der früheren Festsetzung für das Grundstück Marienstraße 15, Ecke Volkmannstraße, neue Baufluchtlinien festgesetzt worden.

Da die Fluchtlinienänderung auf Antrag und im Einverständnis mit den beteiligten Grundstückseigentümern erfolgt ist, haben wir den Plan nunmehr förmlich festgestellt.

Der Plan kann im Rathaus, Wagegebäude, Zimmer 31 eingesehen werden.

Halle, den 26. Januar 1922.

Der Magistrat.

Dienstag
Billiger Seefischtag
Aus heute eingetroffenem Waggon nur feinste Nordseeware
Seelachs ohne Kopf Pfd. 6.50
Lengfisch u. Seeal ohne Kopf Pfd. 7.20
Cabliau ohne Kopf, Karbonaden billigst.
Keine Hausfrau versäume den günstigen Einkauf, da vorläufig kaum wieder so billig.
Schnelle Bedienung, da zahlreiches Personal.
„Nordsee" Deutschlands größter Fischhandel
Fernsprecher 1274, 1275, 5904, 4966.
Für Wiederverkäufer, Händler, Anstalten noch billiger.
Großer Versand nach auswärts.

Vereins-Anzeiger

zur Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen der Sozialdem. Partei.

Bezirksverband Halle. Harz 42/44. Fernruf 1611.

Ferner für die dem Allgem. deutsch. Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Gewerkschaften sowie die auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden geselligen Vereine.

Merseburg. Ortsverein (SPD.). Donnerstag, den 2. Februar, im Parteibüro **Funktionärsitzung** mit sämtlichen Bezirksleitern. Wichtige Besprechung aller, muß erscheinen.

Der Vorstand.

Partei-Angelegenheiten.

Die Forderungen des Görlitzer Programms. Wir machen auf die Dienstag abend 7½ Uhr im Wilsdorf Gesellschaftshaus stattfindende Referenten-Versammlung hiermit noch einmal besonders aufmerksam. Genosse Schulz hält seinen zweiten Vortrag über das Görlitzer Programm. Es erfahren die Abschnitte Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Finanzen eingehende Würdigung.

Hallischer Gewerkschafts- und Vereinskalender.

Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre. Die neue Vortragsreihe für Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre beginnt morgen, Dienstag, den 31. Januar, abends 7½ Uhr, in der Aula der Martinschule, Charlottenstr. 11. Als Vortragsthema ist gewählt: Das Betriebsrätegesetz und seine praktische Anwendung. In sechs Einzelvorträgen mit daran anschließender Diskussion, in der die praktischen Erfahrungen ausgetauscht werden, soll das Betriebsrätegesetz gründlich erläutert werden. Hörgebühr wird nicht erhoben. Eine recht rege Beteiligung an diesen Vorträgen ist erwünscht.

Freigew. Betriebsrätezentrale.

SPD.-Metallarbeiter. Freitag abend 7½ Uhr gemeinsame Sitzung mit den Kollegen der USPD. im Wilsdorfs Gesellschaftshaus Karlstraße.

Halle und Saalkreisorte.

Halle, 30. Januar 1922.

Betriebsräte-Vollversammlung.

Am Freitag tagten im Volkspark die Betriebsräte von Halle und Umgegend. Die Tagung war leider nicht besonders gut besucht. Vielleicht lag das an der bevorstehenden allgemeinen Neuwahl der Betriebsräte, die ein Abflauen der Betätigung zurzeit verursacht.

Im ersten Punkt der Tagesordnung sprach der Med.-Rat Kühnlein, Kreisarzt des Merseburger Kreises über das Thema: „Gewerbekrankheiten, Unfallgefahren und ihre Verhütung." Der Referent wußte in seiner gut pointierten Redeweise den Betriebsräten ein Bild über ihre Pflichten in Bezug auf die hygienischen Vorschriften zu entwerfen.

Die Gewerbehygiene liegt leider noch sehr im argen, so daß die Betriebsräte alle Anstrengungen zu machen haben, um hier einmal durchgreifende Arbeit zu leisten. Sie können diese Arbeit leisten, da ihnen das Betriebsrätegesetz im § 6, Abschnitt 8, ein Recht dazu gibt.

Für den Betriebsrat der einzelnen Werke ist es vor allen Dingen notwendig, daß er die Polizei- und Gewerbevorschriften in die Hände bekommt und sie beherrscht. Ein gutes Hilfsmittel bietet Heft 11 der Betriebsräteschriften, die vom A. D. G. B. herausgegeben. „Der Gesundheitsschutz im Betriebe" von Prof. Dr. Theodor Sommerfeld, betitelt sich dieses Schriftchen, welches jeder Betriebsrat eigentlich haben müßte. Das Referat klang in den Worten aus mehr Obacht zu geben auf alle Gesundheitsvorschriften und sich als Betriebsrat gerade auf dem Gebiete der Gewerbehygiene ein Wissen anzueignen, da die Gesundheit das höchste Gut des Menschen ist.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung sprach Kollege Freiberg über Betriebsrätefragen. Die bevorstehenden Neuwahlen wahlen sind unter dem Banner der freien Gewerkschaften durchzuführen. Es darf nicht vorkommen, daß mit jedem Jahr neue Betriebsräte auf der Bildfläche erscheinen. Die Schulung der Betriebsräte kann nicht von Jahr zu Jahr immer dieselbe sein, sondern muß fortlaufend durchgeführt werden, um dem einzelnen einen Abschluß in den verschiedenen Wissensgebieten zu geben. Die Diskussion über diesen Punkt war sehr rege. Fast alle Redner waren sich darüber klar, daß der politische Richtungsstreit innerhalb der Gewerkschaften aufhören muß, wenn man eine gute Rätebewegung schaffen will. Meistens war es so, daß man nicht nach der Tüchtigkeit eines Betriebsratskandidaten fragte, sondern welches Parteibuch sie in der Tasche trügen. Einige kommunistische Redner mußten trotz alledem Seitensprünge machen und die richtungs-politische Betätigung innerhalb der Betriebsräte propagieren, da sie nur in der kommunistischen Lehre ein Heilmittel gegen den Kapitalismus sehen. In seinem Schlußwort wußte der Kollege Freiberg darauf hinzuweisen, daß nur Tüchtigkeit für die Aufstellung der Kandidaten maßgebend sein sollte. Auf keine Partei soll herumgehackt werden, denn alle Parteien haben Fehler gemacht und keine kann sich davon ausnehmen.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen des Betriebsrätesekretärs Wiellepp wurde die Versammlung um 11½ Uhr geschlossen.

Immer wieder Bruderkampf.

Die Ortsverwaltungswahl im Metallarbeiterverband.

Die gestrige Generalversammlung der halleschen Metallarbeiter bot in ihrem Verlaufe nicht die Gewähr, daß das kommende Jahr weniger innere Organisationskämpfe bringen werde, als das vergangene. Zwar verzichteten die Kommunisten „edelmütig" darauf, dasselbe Kuckucksei in das Nest der Organisation zu legen wie in der vorjährigen Generalversammlung, wo sie einen, unter der Hand von den Unionisten entlehnten vollständig unbekannten neuen Organisationsleiter in der Gestalt eines Weyer präsentierten, aber ein Kuckucksei brachten sie doch angeschleppt. Sie bestanden trotz aller erneuten Einigungsvorschläge der nichtkommunistischen Metallarbeiter darauf, von vornherein die unbedingte Mehrheit in der Ortsverwaltung zu erhalten, um dann im Laufe des Jahres die alte Manipulation wiederholen zu können. Gestern zwar sprachen sie den bisherigen Angestellten ihr Vertrauen aus, indem sie selbst vorschlugen, sie an den alten Stellen zu belassen, aber das ist weiter nichts als ein Manöver nach Lojowskischen Rezept gewesen, um nachher geeignete Versuchskaninchen für Moskauer Whiskektionsversuche zu haben.

Schon wie der ins einzelne gehende ausführliche Geschäftsbericht des Geschäftsführers Gröbel aufgenommen wurde bewies, daß man gewillt ist, in Zukunft die soeben mit frischem Vertrauen beehrten Kollegen gehörig auf die Finger zu spannen. Man merkte schon in der Versammlung bei einem erheblichen Teile der Anwesenden unverholen Zuneigung zu den Unionisten und diese werden die kommunistischen Ortsverwaltungsmitglieder schon mit den nötigen Verhaltungsmaßregeln versehen. In der Diskussion schnitt Kollege Täumel (SPD.) den um mehr denn 2½tausend niedrigeren Mitgliederstand der Zahlstelle im Vergleich zur letzten Generalversammlung an. Ohne Widerspruch zu finden konnte er diese Abnahme auf die kommunistische Zellenbildung innerhalb der Organisation, und den daraus hervorgehenden Kämpfen, zurückführen. Und doch ist der jetzige Mitgliederstand erst durch die praktische Arbeit der letzten 4 Monate erzielt worden, während er vorher noch viel geringer war. Um praktische Erfolge wie in den letzten 4 Monaten auch weiterhin zu erreichen, schlug er vor, noch einmal eine Verständigung zu versuchen auf der Grundlage, keiner Richtung allein eine Mehrheit zu geben. Sollte diese nicht erreicht werden, so forderte er die Wiederwahl der jetzt bestehenden Ortsverwaltung, die gezeigt habe, daß sie praktische Erfolge für die Kollegenschaft zu erringen verstehe. Mit seinen Ausführungen, die sich allein auf das örtliche Verbandsleben beschränkten, hatte er offenbar dem nachfolgenden Kollegen Bürger (SPD.) das Konzept verdorben, der eine politische Agitationsrede für revolutionäre Gewerkschaftspolitik halten wollte. Auch er mußte sich aber mit dem Kardinalpunkt der gestrigen Versammlung, der Ortsverwaltungswahl abgeben. Kollege Radegast (USP.) wies treffend darauf hin, das eigentlich zwei Ortsverwaltungen Bericht erstatten müßten. Der Bericht durch die Ortsverwaltung Lerchenfeldstr. wäre wohl aber die beste Agitation für die nichtkommunistische Liste gewesen. Nachdem noch einige Kollegen gesprochen hatten erfolgte ein vorzeitiger Schluß der Aussprache, herbeigeführt durch einen Geschäftsordnungsantrag, der eine völlig ungeklärte Situation hinterließ. Es erfolgte eine ziemliche anfechtbare Abstimmung mittels Stimmzettel. Es war durchaus nicht zu kontrollieren ob nicht Mißbrauch mit denselben getrieben worden war. Das Resultat ist folgendes:

Gröbel (USP.) 1. Bevollmächtiger 1118, Heyne (SPD.) 1. Kassierer 1117, Witters (SPD.) 2. Kassierer 1102, Lange (USP.) 1108, die 6 KPD.-Kollegen Spieß, Matthes, Losse, Scheffler, Lüttich, Bürger, 800 bis 793 Stimmen, die USP.-Kollegen Hänzsch, Köhler, Krüger, Petzsch, Reinicke, Schnarchendorff 410 bis 366 Stimmen.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung gab Kollege Gröbel unter allgemeiner Interesselosigkeit die neuaufgestellten Mindestlöhne ab 1. Febr. 1922 bekannt. Sie liegen jetzt dem Schlichtungsausschuß vor und betragen:

Facharbeiter:	unter 19 Jahren	6 80 Mk.	8,50 Mk.
„ „	von 19—21 „	7,30 „	10,00 „
„ „	„ 21—23 „	9,40 „	12,50 „
„ „	über 24 „	10,00 „	13,50 „
Angelernte Arbeiter:	von 18—19 „	6 55 „	8,00 „
„ „	„ 19—21 „	7,05 „	9.50 „
„ „	„ 21—24 „	9,10 „	12,00 „
„ „	über 24 „	9,70 „	13.00 „
Ungelernte Arbeiter:	von 18 - 19 „	6,30 „	7,50 „
„ „	„ 19—21 „	6,80 „	9,00 „
„ „	„ 21—24 „	8,80 „	11,50 „
„ „	über 24 „	9,40 „	12,50 „
Jugendliche Arbeiter:	von 15—16 „	4 10 „	5,00 „
„ „	„ 16—17 „	4 40 „	5,50 „
„ „	„ 17 - 18 „	4.70 „	6,00 „
Weibliche Angelernte	von 15—17 „	3,80 „	4.50 „
„ „	„ 17—19 „	4.50 „	5 50 „
„ „	„ 19—21 „	5 30 „	6 00 „
„ „	„ 21 - 24 „	6,00 „	7,00 „
„ „	über 24 „	6,60 „	7,50 „
Weibliche Ungelernte:	von 15—17 „	3,80 „	4,50 „
„ „	„ 17—19 „	4,50 „	5,50 „
„ „	„ 19 21 „	5 15 „	5,75 „
„ „	„ 21—24 „	5,80 „	6 75 „
„ „	über 24 „	6,25 „	7,25 „
Lehrlinge:	Im ersten Lehrjahre	1,15 „	2,00 „
„	„ zweiten „	1.60 „	2,50 „
„	„ dritten „	2 25 „	4,00 „
„	„ vierten „	2,75 „	4,50 „

Da Widerspruch nicht erhoben wurde konnte Gröbel das Einverständnis der Mitglieder konstatieren. Bald darauf nahm die Versammlung ein formloses Ende.

Der 1. Februar

ist der Tag, an dem Du Dir die Fragen vorzulegen hast: Habe ich wie ein Sozialist gehandelt? Habe ich meine Parteizeitung

„Die Volksstimme"

nicht nur gelesen, sondern ihr auch neue Abonnenten zum Monatswechsel pflichtgemäß zugeführt? Der Erfolg des 1. Februar wird der Prüfstein sein für

Deine Pflichterfüllung!

Schwurgericht.

Kleine Ursachen, große Wirkungen.

In der letzten Verhandlung der vergangenen Periode hatten sich der Arbeiter Siewert und der Schäfer Haring, beide aus Krakau bei Laucstädt, wegen der Inbrandsetzung zweier Lattengerüste mit Strohdach, sog. Wachhütten, zu verantworten. Die beiden jugendlichen Angeklagten waren an einem Januabend v. J. nach vorausgegangenem Zechgelage auf den dummen Gedanken gekommen, die auf einem der Wwe. Böker, Rittergutspächterin, Raschwitz, gehörigen Erbsenfelde auf Schadendorfer Flur aufgestellten vorerwähnten Schutzhütten zu verbrennen und führten dies auch gleich aus. Der Staatsanwalt machte in weitausholender Anklagerede die Geschworenen darauf aufmerksam, daß es sich im vorliegenden Falle seiner Auffassung nach um Brandstiftung handele, und daß man die so volksschädigende, seit einigen Jahren scheinbar bei uns zur Mode gewordene Betätigungsform der Verbrecher mit empfindlichen Strafen bekämpfen müsse. Nach seinen Worten glaubt das Verbrechertum, sich durch die häufigen Brandschatzungen auf dem Lande an der „angeblich" wuchernden Landbevölkerung rächen zu können. Die Geschworenen haben vernünftigerweise nicht die Objekte als Bauwerke im Sinne des RSG. angesehen, wie in verschiedenen Reichsgerichtsentscheidungen in gleichartigen Fällen, so wurde auch hier nur auf Sachbeschädigung erkannt. Das Gericht verurteilte daraufhin unter Zubilligung mildernder Umstände, den S. zu 3 Mon. Gef., bedingter Strafaussetzung bei dreijähr. Bewährungsfrist, wenn bis 1. 5. d. J. eine Buße von 1000.— Mk. ans Gericht gezahlt ist und H. zu 600.— Mk. Geldstrafe, sowie beide zur Tragung der Kosten. Ein dritter Angeklagter Andree aus Burgstaden wurde auf Kosten der Staatskasse freigesprochen, während ein vierter namens Butthof nicht erschienen war.

Die Gartenarbeitsschule.

Eine Veranstaltung der Baugenossenschaft Neu-Halle am 26. d. Mts. über die Gartenarbeitsschule läßt ahnen, daß diese neue Schulart auch in Halle eine Rolle spielen wird. Es ist der äußerst rührigen Genossenschaft sehr zu danken, daß sie derartige Fragen von vornherein in ihren Arbeitsbereich zieht. Der Vortrag, gehalten von Gen. Lehrer Görsch, gipfelte in dem Gedanken: Weg mit der Schulkaserne! Hinaus ins Freie! Dort soll das Schulkind in den großen Arbeitsvorgang des gesamten Volkes tatkräftig eingreifen und die Ernten seines Fleißes sich und der Gemeinschaft sichterstellen. Mustergärten wurden an Lichtbildern aus Düsseldorf und an einem Film aus Neu-Köln vorgeführt. Hier wurde deutlich, welch hoher Wert im Lichtbilde liegt, wenn der Gegenstand in seiner Kulturbedeutung richtig erfaßt und von Künstleraugen bearbeitet wird. Bilder wie Film haben jeden Zuschauer zur vollen Klarheit über Inhalt und Form der Gartenarbeitsschule geführt. Möge die Stadt Halle noch in diesem Jahre an Einrichtung und großzügigen Ausbau einer solchen Schule gehen!

Volkshochschule. In den Sonderveranstaltungen am Sonntag, den 5. Februar und Sonntag, den 12. Februar, nachmittags 6 Uhr im Auditorium maximum der Universität spricht der Redakteur Martin Feuchtwanger über „Die Presse". Der erste Vortrag wird sich hauptsächlich mit der Einstehung der Zeitung beschäftigen, während der zweite „Zeitung und Publikum" behandeln wird. Im Anschluß an die Vorträge findet eine Führung durch einen Zeitungsbetrieb statt. — Karten Mk. 4.— für beide Vorträge, Mk. 3.— für den Einzelvortrag. Gr. Märkerstr. 10 I und bei Herrn Kluge (Melanchthonianum).

Beamten-Hochschule. Universitäts-Lektor Dr. Richard Wittsack beginnt seine Vorträge „Klassische und moderne Dichtungen" am kommenden Freitag, den 3. Februar.

Eine Dachdeckerzwangsinnung für die Stadtkreise Halle, Eisleben und Merseburg sowie die Landkreise Mansfelder See- und Gebirgskreis, Merseburg, Querfurt und den Saalkreis soll im Februar errichtet werden, sofern die diesbezügliche Umfrage ein Bedürfnis erkennen läßt.

Für das Symphoniekonzert der Volksbühne, das morgen abend, 8 Uhr, im großen Saale des Volksparks stattfindet, sind noch einige Karten zu 5 Mk. am Saaleingange zu haben.

Stadttheater. Morgen Dienstag, abends 7½ Uhr, geht das Märchenspiel „Schwanenweiß" von Aug. Strindberg in Scene. Mittwoch: „Die neugierigen Frauen"; Donnerstag: „Figaros Hochzeit"; Freitag: Nichtöffentliche Vorstellung; Sonnabend: „Figaros Hochzeit"; Sonntag nachm.: „Die Räuber", abends: „Undine".

Freie Volksbühne Halle. Thalia-Theater. Der eingebildete Kranke. Ein Heiratsantrag. Spieltage: K: Mittwoch, den 1. Februar; L: Donnerstag, den 2.; M: Sonnabend, den 4.; N: Montag, den 6.; A: Mittwoch, den 8. Februar.

Hallisches Operettentheater. Nachdem die Nachfrage für „Geisha" so groß war, hat sich die Direktion des „Operetten-Theaters" entschlossen, die reizende Operette wieder auf den Spielplan zu setzen. In kommender Woche ist dieses melodisches Werk für die Tage Mittwoch und Freitag angesetzt. Dienstag und Donnerstag wird „Der Vetter aus Dingsda" gegeben.

Die Städtischen technischen Seminare für Hauswirtschafts-, Handarbeits- und Turnlehrerinnen, Gewerbe- und Haushaltungsschule — wie nunmehr die Bezeichnung nach der Abtrennung der Handelsschule sein wird —, plant zu Ostern bedeutende Erweiterungen und Vermehrung der Kurse im Wäschenähen und Schneidern. Die technischen Seminare, die bisher nur Lehrerinnen für Handarbeit und Turnen zur staatlichen Prüfung vorbereiteten, werden von Ostern d. J. ab auch Hauswirtschaftslehrerinnen in einem 1jährigen Seminarlehrgang zur Prüfung vorbereiten. Außerdem wird an der Schule von Ostern ab ein Lehrgang eröffnet, welcher in einer 2jährigen Vorbereitung in allen 3 technischen Fächern gleichzeitig nebeneinander unterrichtet. Diese dreijährige Seminarbildung hat den Vorzug, daß die pädagogische Unterweisung aufbauen kann, was in den einjährigen Seminaren nicht gut möglich war, noch dazu, wenn jede der drei Ausbildungen an einem anderen Seminar stattfand. Es ist nicht zu unterschätzen, daß mit den Unterrichtsfächern gewechselt und die einseitige Arbeit vermieden wird. — Bei einem Wettbewerb der „Stickerei- und Spitzen-Rundschau" in Darmstadt holte sich Frl. Margarete Schmidt, Schülerin der Klasse Biebach der „Städt. Gewerbeschule", Halle, Klosterstraße, den 4. Preis im Werte von 250 M. für einen Entwurf für Filetarbeit.

„Die Wandlung".

Von Ernst Toller.

Der gemeinsame Arbeiterbildungsausschuß kann es sich als Verdienst anrechnen, durch die Vorlesung der „Wandlung" mit dem Dichter Toller bekannt gemacht zu haben, der ja in aller Munde lebt, mehr als politischer Gefangener von Niederschönenfeld, denn als Dichter.

Josef Krahé war ihm gestern ein guter Interpret. Ein Interpret der Idee, die sich durch das Stück zieht. Aber nicht alle der vielen Personen, die doch nur Typen darstellen sollen, traten mit der wünschenswerten Plastik hervor. Das lag weniger an dem hervorragenden schauspielerischen Können des Vortragenden, als an dem starken metallischen Ton der Stimme, die momentan für die weiblichen Personen der Vorstellungskraft des Zuhörers wenig entgegenkam. Hervorzuheben ist aber, daß Krahé dort, wo Toller mit exentrischen Mitteln — wie die Gespräche der Skelette — seiner Idee Ausdruck verschafft, es vorzüglich verstand, nicht das Grausige, das leicht ins Lächerliche umschlagen kann, hervorzuheben. Er verstand es auch hier, den Zuhörer in diese Szene als in eine Etappe des großen Ereignisses, der inneren Wandlung, sich hineinfühlen zu lassen. Sie waren ergriffen.

Der Dichter Toller scheint aber unter der Arbeiterschaft nicht soviel Anklang zu finden, wie der politische Gefangene. Es waren nur ungefähr 300 Besucher anwesend.

Eingesandt!

Folgender Aufschlag war am 26. und 27. Januar am Eingang der akademischen Speiseanstalt zu lesen:

Zur Beachtung!

Auf Wunsch der Studentenschaft wird hiermit bestimmt, daß in der Tulpe auch von Ausländern nur deutsch gesprochen werden darf. — Wer sich dieser Bestimmung nicht fügt, muß sich darauf gefaßt machen, ausgeschlossen zu werden.

Halle, den 25. Januar 1922.

Der Vorstand,
Lütgert.

Grell beleuchtet dieser Wunsch die Verhältnisse in der hiesigen Studentenschaft, so daß nicht einfach an dieser diktatorischen Bestimmung vorbeigegangen werden kann. Während auf der einen Seite, bei denen, die jenes Verlangen an den Vorstand richteten, nichts von dem großen Geiste Goethes, von dem Geiste des Wissens, Forschens und Erkennens zu verspüren ist, sondern nur parteinationale Einstellung — treffen diese harten, ungerechten Worte die ausländischen Studierenden ungeheuer schwer. — Viele — die meisten von ihnen beherrschen die deutsche Sprache nicht in dem Umfang, daß sie all' ihr Fühlen und Denken darin ausdrücken können. Weiter sehen sich die Ausländer meist nur während des Mittagessens, wo sie ½ Stunde miteinander plaudern können. Und dies will man ihnen verbieten?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220130-15/fragment/page=0005

Soll jener Anschlag überhaupt bestimmt sein, Deutschland neue Freunde zu werben, ihm neues Ansehen zu verschaffen?

Und im Namen vieler erscheint dieser Protest gegen die Vergewaltigung der elementarsten Menschenrechte: den Gebrauch der Muttersprache. — — Es scheint fast, als ob das Wort Ausländer in einigen, studentischen Kreisen einem Schimpfwort gleicht. — Man trifft nun aber dieser Erlaß — keineswegs englische oder französische Kapitalistensöhne, gegen die er, wenn auch keineswegs berechtigt, so doch wenigstens einigermaßen verständlich wäre. Nein, weit gefehlt, er trifft die Söhne der Länder, die mit Deutschland vier Jahre heldenmütig gegen die Uebermacht der Entente gekämpft haben, mit denen deutsche Soldaten zusammenlagen, kameradschaftlich verkehrten, Freundschaft schlossen. (Ungarn, Bulgaren, Türken, Balten (deutscher Abstammung), Georgier und Serben.) Und so wollen deutsche Männer lohnen? Soll das deutsche Treue, deutscher Dank sein (in der Tat) ? ? — Wir fordern akademische Freiheit! und Aufhebung dieser Bestimmung! —

Ernst Albanus,
cand. rer. pol.

Provinz und Umgebung.

An die Unterbezirksvorstände.

Das Mitteilungsblatt des Bezirksverbandes erscheint in den nächsten Tagen. Mitteilungen der Unterbezirke müssen sofort eingesandt werden, wenn sie noch Aufnahme finden sollen.

Der Bezirksvorstand:
J. A. Drescher.

Zur Gehaltsbewegung der Angestellten der chemischen Industrie Mitteldeutschlands.

Die zwischen dem Arbeitgeberverband der chem. Industrie, Sekt. Ob-Westen und der Tarifgemeinschaft der Angestellten der chem. Industrie Mitteldeutschlands—Halle für den Bezirk der Provinz Sachsen, des Freistaates Anhalt und der Thüringischen Staaten geführten Verhandlungen zwecks Abschluß eines neuen Gehaltstarifvertrages ab 1. Jan. 22 sind geschiedert und zwar aus dem Grunde, weil der Arbeitgeberverband zu keinerlei Zugeständnissen zu bewegen war. Trotzdem ihm nachgewiesen wurde, daß seit der letzten tariflichen Vereinbarung eine wesentliche Steigerung der Lebenshaltungskosten eingetreten ist und die Gehaltssätze mit den in den benachbarten chemischen Industrie-Gebieten abgeschlossenen Gehaltstarifverträgen nicht in Einklang zu bringen sind. Das Reichsarbeitsministerium ist zwecks Einsetzung eines Schlichtungsausschusses angerufen worden.

Zum Wohnungsbau in Halle-Merseburg.

Die Aufbringung der unrentierlichen Werte.

Der Angelpunkt einer großzügigen Wohnbautätigkeit ist die Frage der Mittelbeschaffung. Hierbei wird man zu unterscheiden haben:

a) Mittel zur Deckung des rentierlichen Wertes.
b) „ „ „ „ unrentierlichen Wertes.
c) Baugelder und Zwischenkredit.

Zu a). Von grundlegender Bedeutung ist hier die Bemessung des rentierlichen Wertes d. h. des eigentlichen Dauerwertes der herzustellenden Wohnungen. Man wird heute annehmen dürfen, daß 40—50 Prozent der aufgewendeten Bausummen als unrentierlicher Wert anzusehen sind. Der rentierliche Wert wird durch Eigenkapital der Mieter und durch Hypotheken gedeckt werden können.

Wenn nun auch diese Mittelbeschaffung im allgemeinen gesichert ist, so ist die schwerwiegende Frage der Beschaffung der Mittel zur Deckung des unrentierlichen Wertes noch vollkommen ungelöst. Die Reichs-, Landes- und Gemeindebaukostenzuschüsse sollen jetzt durch die Erträge der Wohnungsabgabe gedeckt werden. Der Anteil Preußens wird für das Rechnungsjahr 1922 auf 140 Millionen geschätzt. Jetzt ist eine fünffache Erhöhung in Aussicht genommen. Dadurch würde das Gesamtaufkommen in Preußen auf 1 400 000 000 M. geschätzt werden können, damit würde ungefähr der unrentierliche Wert von etwa 40 000 Kleinwohnungen gedeckt werden können. Bei einer Ausschüttung nach Art und Umfang der bisher geübten Verteilung würde der Bezirk Halle-Merseburg nur sehr wenig für eine wirksame Bekämpfung der Wohnungsnot tun können. Hier muß immer berücksichtigt werden, daß die Wohnungsnot in diesem Bezirk nicht nur eine allgemeine Folge der verhinderten Bautätigkeit ist, sondern erheblich verschärft wird durch die Entstehung neuer Industrien und der dadurch bewirkten stärkeren Zuwanderung an Arbeitnehmern. Dieses besonders große Wohnungselend bedingt auch zu seiner Minderung besonderer Mittel. Wie und wo sind diese nun zu suchen?

Vor allem erscheint notwendig, daß alle Kräfte einer großzügig voraussehenden planmäßigen Wohnungsfürsorge durch Zusammenfassung zur größtmöglichsten Leistungsfähigkeit in geld- und bauwirtschaftlicher Hinsicht gesteigert werden. Gleichzeitig muß angestrebt werden, alle inneren Reitungsflächen der Durchführung auszuschalten. In der kommunalen Wohnungsfürsorge müßte zunächst der kurzsichtig-engherzige Privatbürgergeist verschwinden, der nur eine Sorge um die Befriedigung der Bedürfnisse im Bannkreis des Kirchturms seiner Gemeinde kennt.

Die Grundlage jeder größeren praktischen Arbeit auf dem Gebiet der Wohnbautätigkeit erfordert ein bestimmtes Bauprogramm für eine größere Zeitspanne. Erst dann können alle wirtschaftstechnischen Maßnahmen zur Erreichung des größten Erfolges mit dem geringsten Aufwand im größten Ausmaß angewendet werden. Nehmen wir einmal an, daß nach einem Bauprogramm im Laufe von 10 Jahren im Wirtschaftsgebiet Halle-Merseburg 20 000 Kleinwohnungen hergestellt werden sollen.

Unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Vorteile einer geregelten Massenherstellung können die Gesamtkosten auf etwa 1 500 000 000 Mark geschätzt werden. Hiervon sind etwa 700 000 000 Mark als unrentierlicher Wert anzunehmen.

Wenn man berücksichtigt, daß in der Zeit der gegenwärtigen Teuerung die Möglichkeit durch Mietzuschläge und Steuermaßnahmen große Summen aufzubringen, gering ist, so wird man nur folgern können, daß die erforderlichen Mittel zur Durchführung eines großzügigen Bauprogramms zunächst auf dem Wege der Anleihe aufgebracht werden müssen. Der freie Kapitalmarkt brauchte für diesen Zweck zunächst gar nicht in Anspruch genommen werden. In erster Linie würden die gemeinwirtschaftlich gebundenen Kapitalien herangezogen werden, die auf eine sichere und zugleich produktive Anlage warten.

Wenn zum Beispiel die Stadtkreise Halle und Merseburg und die Landkreise Saalkreis und Merseburg zu einem Zweckverband sich zusammenschließen, zwecks Durchführung des oben bezeichneten Bauprogramms, so wäre damit zunächst eine geeignete Grundlage zur Regelung der Geldfragen gesund n. Durch die kommunalen Sparkassen dieses Gebiets in Verbindung mit der Provinzialbank könnte eine sehr leistungsfähige Kreditanstalt für die Beschaffung von Hypotheken, Baugelder und Zwischenkredite geschaffen werden. Der unrentierliche Wert der hergestellten Bauten könnte abgebürdet werden durch:

a) die Beträge der nach Art. 2 und 6 der Verordnung betreffend die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues in Preußen vom 22. November 1921 (Ges. S. 519) zu erhebenden Wohnungsabgabe.
b) die von den Arbeitgebern der nach § 9a des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 in der Fassung vom 26. August 1921 (G. S. 495) zu leistenden Beträge für die Herstellung von Kleinwohnungen.

Die Regelung der Kreditfragen für Bauzwecke hatte bisher ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden. Alle Versuche, die Erhöhung der Beleihungsgrenze auf eine den gegenwärtigen Geldwertverhältnissen entsprechende Höhe zu bringen, haben nur geringen Erfolg gehabt. Im wesentlichen scheiterte die Lösung an dem Fehlen eines leistungsfähigen Garantieverbandes. Die ordnungsmäßige Fortführung der angefangenen Bauten wurde häufig erheblich gestört durch nicht rechtzeitig überwiesene Baugelder.

Auch der sehr häufig nicht rechtzeitig gewährte Zwischenkredit störte das Bauvorhaben der kapitalschwachen Kleinsiedler oft sehr empfindlich. Die Ursachen dieser geschilderten Widerstände der Wohnbautätigkeit liegen also nur in der Schwierigkeit der Regelung der Befriedigung der baulichen Geldforderungen. Sie sind zwar zum größten Teil sachlicher Natur, aber auch da, wo die sachlichen Voraussetzungen erfüllt sind, treten oft erhebliche Störungen in der Baugeldbeschaffung ein, die eigentlich nur formelle Bedeutung haben. Diese sachlichen und formellen Schwierigkeiten könnten zum größten Teile vermieden werden, wenn für die Durchführung eines bestimmten, auf längere Zeit bemessenen Wohnbauprogramms ein leistungsfähiger Verband geschaffen würde.

Merseburg. Jahresbericht der Partei. Der Ortsverein Merseburg hielt am Donnerstag seine Generalversammlung im Tivoli ab, welche außerst zahlreich besucht war. Der 1. Vorsitzende, Genosse Rieneder, erstattete den Geschäftsbericht und gedachte in erster Linie der im letzten Jahre verstorbenen Genossen, welche die Versammlung durch Erheben von den Plätzen ehrte. Im verflossenen Jahre fanden 12 ordentliche Mitgliederversammlungen, 8 öffentliche Versammlungen und 21 Funktionärsitzungen statt. Ein verflossenes wichtiges Vorstandsjahr erwuchs dem im vorigen Jahre gewählten Vorstand durch die Wahlen zum Landtag, Provinziallandtag und Kreistagen. Aber auch hier hatten wir wie immer Erfolge zu verzeichnen. Im Kreistag Merseburg waren wir zunächst durch 2 Genossen vertreten. Diese wurden von einem Genossen, welcher der USPD. den Rücken kehrte, verstärkt. Der Parteitag, der Bezirkstag, 2 Unterbezirks- und eine Gemeindevertreterkonferenz kommen von uns beschickt werden. Der KPD. und und USP. ist in Merseburg kein Aufsitzig mehr vergönnt. Im letzten Jahre hat unsere Partei 150 Mitglieder zugenommen, was für Merseburg einen schönen Erfolg bedeutet. Auch unsere Volksstimme hat im letzten Jahre eine größere Verbreitung erfahren, doch gilt es, weiter zu arbeiten. Den Kassenbericht erstattete Genosse Müller. Die Kasse schließt mit einem Kassenbestand von 1415,19 Mk. ab. Die Mitgliederzahl ist von 327 auf 497 gewachsen. Als nachahmenswertes Beispiel möge allen Genossen dienen, daß Genosse Halm im letzten Vierteljahr der Partei allein 16 Mitglieder zugeführt hat. In kurzen Zügen berichtete Genosse Bone von der Tätigkeit unserer Genossen im Stadtparlament. Genosse Bauer schilderte kurz das Elend der Wohnungsuchenden. Anfang des Jahres waren es 1285 Familien, welche jetzt auf 1950 angewachsen sind. Die Versammlung billigte die Tätigkeit unserer Genossen im Stadtparlament. Ueber die Tätigkeit der Frauengruppe berichtete Genossin Krüger. Die Vorstandswahlen wickelten sich ziemlich schnell ab und erfolgten bis auf einen Genossen einstimmig. Gewählt wurden folgende Genossen: 1. Vors. Rieneder, 2. Vors. R. Fiedler, 1. Kassierer Müller, 2. Kassierer Genossin Metha Krüger, 1. Schriftführer Halm, 2. Schriftführer Hirschfeld, Revisoren: Woyniak, Schlotte. Jugendleiter: Frischkorn und Genossin Fiedler. Presskommission Genosse Tiebke, welche die Wahl angenommen hatten. Unter Vereinsangelegenheiten wurde vom Tivolisausschuß bekanntgegeben, im Monat Februar anstelle des von Herrn Kreisarzt Dr. Kühnlein abgesagten Vortrages ein Konzert stattfinden soll, wobei eine zahlreiche Beteiligung notwendig ist. Befremdend wirkten die Ausführungen eines Genossen, wonach das Gewerkschaftskartell dem Leunaer Bildungsausschuß 10 000 Mk. ohne jegliche Sicherstellung überwiesen hat, was in Merseburg bessere Verwendung gefunden hätte. Genosse Bauer machte darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 29. J., nachmittags 2 Uhr, eine Preisfestsitzung stattfindet unter Hinzuziehung der Zeitungsträger. Ferner wurde allen sangesfreudigen Genossen der Gesangverein „Freie Sänger" in Erinnerung gebracht. Uebungsstunde jeden Dienstag Abend 8 Uhr in den 3 Schwänen. Heraus aus allen bürgerlichen Gesangs-, Vergnügungsvereinen. Das alles trifft auch alle diejenigen, welche noch Mitglied eines Kriegers- oder Landwehrvereins sind. Nach Bekanntgabe, daß die nächste Monatsversammlung am 9. Februar im Tivoli stattfindet, fand die Versammlung mit der Aufforderung, auch in diesem Jahre angestrengt für die Partei zu werben, spät abends ihr Ende.

Leuna. Der Bahnhof bei den Leunawerken soll mit 3 Millionen Mark Kostenaufwand zu einem Personenbahnhof mit besonderen Gleisen für die Arbeiterzüge ausgebaut werden. Die Kosten tragen zum Teil die Werke.

Zeitz. Straßenraub. Der Geschirrführer O. aus Crossen bei Zeitz wurde wegen Straßenraub vom Schwurgericht in Naumburg zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er soll im vorigen Jahre hinter Trebnitz dem Knaben Erich Gerstenhauer ein Fahrrad weggenommen haben. O. bestreitet das, er habe einen Lungenschuß und dürfte nicht radfahren. Jener Straßenräuber habe einen feldgrauen Anzug angehabt, er besäße aber keinen solchen Anzug. Das wird aber von seiner Frau widergelegt. Da der Angeklagte schon erheblich vorbestraft ist, erkannte das Gericht auf obige hohe Strafe.

Mansfelder Kreise—Sangerhausen.

Tätigkeit des städtischen Wohnungsamtes Eisleben im Vierteljahre Oktober—Dezember 1921.

Am Ende des Monats Dezember 1921 waren insgesamt 1096 Wohnungsuchende vorgemerkt.

Im Berichtsvierteljahre wurden 191 Vormerkungsanträge gestellt davon 4 als sehr dringlich anerkannt. Anträge auf Zuweisung einer Wohnung wurden 121 gestellt und anerkannt, in eine Wohnung eingewiesen werden konnten 56 Wohnungsuchende, davon bezogen nur 44 die Wohnungen, während wegen der übrigen Fälle Verfahren vor dem Mieteinigungsamt schweben. Als frei gemeldet wurden 17 Wohnungen mit 53 Räumen, und 7 Wohnungen mit 23 Räumen wurden durch Beschlagnahme erfaßt. Durch Einrichtung von Not- oder Behelfswohnungen wurden 6 Wohnungen mit 20 Räumen geschaffen. Strafverfügungen wurden im Berichtsvierteljahre 4 erlassen. An Ein- und Ausgängen sowie durch mündliche Verhandlungen kamen 4470 Fälle zur Erledigung. Besichtigungen und Prüfung von Wohnungen fanden in 341 Fällen statt.

Eine Besserung der Lage des Wohnungsmarktes in absehbarer Zeit ist hier ebensowenig wie in anderen Städten zu erwarten.

Eisleben. Kartellsitzung. Am Sonntag, den 22. d. M., fand die Monats-Kartellsitzung statt. Zum ersten Punkte gab Gen. Hendrich den Monatsbericht und die Eingänge bekannt. Das Arbeitsamt wünscht, ihm die Adressen der Vorsitzenden der Gewerkschaften anzugeben. Die den Delegierten übergebenen Fragebogen vom Bezirkssekretariat Merseburg müssen ausgefüllt und dem Vorsitzenden, Gen. Hendrich, umgehend zurückgegeben werden. An den ersten Punkt anschließend bemerkte der Kassierer, daß nächsten Monat die Jahresversammlung des Kartells stattfinde, welcher auch die Jahresabrechnung vorgelegt werden müsse, demzufolge müssen die Kartellbeiträge für das verflossene Jahr, bis zum Ende dieses Monats bei ihm abgeführt werden. Gen. Bloßfeld machte auf die Bibliothek aufmerksam, die sich im Verbandsbüro der Bauarbeiter im Volkshaus befindet. Ausgabestunden der Bücher sind Mittwochs von 4 bis 6 Uhr nachmittags und Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags. Die Entleihungsgebühren können beim Bibliothekar zur Kenntnis genommen werden. — Zum zweiten Punkte hielt Gen. Bloßfeld ein Referat über die Aufgaben der Gewerkschaften in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Es wird den Delegierten empfohlen, den Vortrag in ihren Mitgliederversammlungen wiederzugeben. Dann wurde der Anregung stattgegeben, am Sonntag, den 29. d. Mts., vormittags 10 Uhr, im Volkshaus eine Zusammenkunft aller aus der Kirche Ausgeschiedenen stattfinden zu lassen zwecks Gründung einer Freidenkervereinigung. Zur diesjährigen Jugendweihe, welche vom Kartell geleitet werden soll, hat dieser die Vorarbeiten bereits gemacht. Eine Kommission von acht Mann, je 2 Vertreter der drei Arbeiterparteien und 2 vom Kartell führen die weiteren Arbeiten durch. Die gewählten Vertreter müssen Gen. Hendrich sobald wie möglich genannt werden. Vom Kartell wurden die Gen. Makrodt und Fr. Letzel gewählt. Zur Bestreitung der entstehenden Unkosten werden Sammellisten herausgegeben und wird um rege Zeichnung gebeten. — Der Erhöhung der Kartellbeiträge ab 1. 10. 21 pro Mitglied und Quartal auf 60 Pfennig wurde zugestimmt. In der nächsten Kartellsitzung wird der Fortbildungsschuldirektor Hoffmann einen Vortrag über die Berufsschule halten. In dieser müssen möglichst die alten und neugewählten Delegierten anwesend sein und sind die Adressen der letzteren, nach erfolgter Wahl, dem Gen. Hendrich umgehend mitzuteilen. Vertreten waren 16 Gewerkschaften durch 31 Delegierte und zwar: Bergarbeiter 8, Metall- und Bauarbeiter je 3, Holz-, Transport-, Gemeinde- und Staatsarbeiter und Angestellten je 2, Brauerei- und Mühlenarbeiter, Zimmerer, Buchdrucker, Steinsetzer, Tabakarbeiter, Kellner, Eisenbahner, Dachdecker und Sattler je 1. 14 Gewerkschaften waren nicht vertreten.

Mansfeld. Neues Sägewerk. Die Mansfeldsche Kupferschiefer bauende Gewerkschaft hat jetzt den Bau eines Sägewerks auf Bahnhof Mansfeld begonnen, namentlich zur Erzeugung von Grubenhölzern für eigenen Bedarf.

Leimbach. Unglücksfall. An Kopf und Brust lebensgefährlich gequetscht wurde auf dem Messingwerk der Arbeiter Baudis. Das Dellsch, in dem der Arbeiter Baudis stand, wurde plötzlich durch einen ins Rollen kommenden Wagen überrannt und der Arbeiter kam unter das Rad.

Bitterfeld—Delitzsch.

Delitzsch. Erfroren aufgefunden wurde neben seinem Rade auf der Chaussee bei Röden der Maurer Herzog aus Naundorf. Er war auf dem Wege zur Arbeitsstelle von einer Ohnmacht übermannt worden.

Zörbig. Es geht auch anders. Mancher Besucher der letzten Kommunistenversammlung am Donnerstag, im Schützenhause — allzuviele waren es ja nicht — wird sich an den Kopf gefaßt und sich gefragt haben: sind das wirklich noch dieselben Kommunisten wie vor etwa 6 Monaten? Aber man sieht es geht auch anders! Der Redner Bezirksleiter Sachse-Bitterfeld hielt sich in anerkennenswerter Weise von gehässigen Ausfällen gegen die „Verräter", wie man die dreimal verfluchte SPD. unter anderem zu betiteln pflegte, völlig fern. Sein Referat machte zwar die Zuhörer mit einem etwas bombastisch aufgemachten Zahlenmaterial bekannt . . . trunken — auf ein paar Milliarden mehr oder weniger kam es dabei nicht an, auch England und Amerika, preuß. Landtag und Reichstag warf er mitunter lustig durcheinander — nun lo genau nimmt man bei der KPD. nicht — aber die Antwort auf seine Frage: „Was hat die Arbeiterschaft im kommenden Frühjahr zu erwarten? nämlich eine schwere Wirtschaftskrise, gegen die sie sich beizeiten durch engsten Zusammenschluß und absolute Solidarität wird wappnen müssen, können wir voll und ganz unterschreiben und sein Forderungen auf Erfassung der Gold- und Sachwerte, Lohnerhöhung und gleichzeitiger Kontrolle der Warenpreise, sowie ein Wirtschaftsbündnis mit Sowjetruß and sind im großen und ganzen auch die unsrigen. Schade eben nur, daß man erst jetzt einsieht, daß die Revolution nur in Etappen weitergetrieben ist, und zwar unter Verzicht auf bolschewistische Gewaltmethoden, und daß gerade Sowjetrußland selbst erst jetzt auf seine politische Auslandspropaganda verzichtet und damit erst ein wirtschaftliches Zusammengehen möglich macht, wo es sich selbst bereits fest in den Klauen des westeuropäischen Kapitalismus befindet.

Gräfenhainichen. Vom Turnsport. In unserm kleinen, durch die nahe Industrie sich aber immer mehr zu einem reinen Arbeiterort entwickelnden Städtchen machte sich bei allen Arbeiterveranstaltungen (Maifeier, Gewerkschaftsfest u. dergl.) das Fehlen von turnerischen Aufführungen recht unliebsam bemerkbar. Diesem Mangel dürfte nun für die Zukunft abgeholfen sein, denn der im Jahre 1879 von Buchdruckern gegründete und zurzeit fast nur aus Arbeitern bestehende Turnverein „Frisch auf!" hat gegen wenige Stimmen den Uebertritt zum Arbeiter-Turn- und Sportbund beschlossen. Diese Beschluß ist aus den obengenannten Gründen nur warm zu begrüßen. An die Arbeiterschaft von Gräfenhainichen ergeht hiermit der Mahnruf, den Verein durch die Erwerbung der Mitgliedschaft und vor allem durch restlose Zuführung aller jugendlichen Personen männlichen und weiblichen Geschlechts zu einem kräftigen Trieb am Stamm der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung zu machen. Bemerkt sei noch, daß der Verein neben dem Männer- und Zöglingsturnen auch das Frauen- und Knabenturnen, sowie das Spielen pflegt, so daß jedem Gelegenheit geboten ist, sich auf volkstümlicher Grundlage turnerisch betätigen zu können. Die Turnstunden finden jeden Mittwoch und Freitag abend von 8 Uhr ab in der Städtischen Turnhalle statt.

„Frei Heil!"

Falkenberg.

Eine ungeheuerliche Zumutung einzelner Gemeinden.

Bekanntlich hat der Reichstag vor kurzem ein Gesetz angenommen, daß die Rentenempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung eine neuen auch nur annähernde Erhöhung ihrer Rentenbezüge bringt. Jeder Rentenempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung muß nach diesem Gesetz mindestens 3000,— Mark Rente erhalten. Hiervon sind gemäß § 2 Abs. 5 600,— Mark Einkommen aus Zinsen oder Kapitalvermögen nicht anrechnungsfähig. Den Invaliden- und Rentenempfängern ist diese kleine Erhöhung von Herzen zu wünschen, denn sie leiden Mitt re Not. Die Anträge sind bei den einzelnen Gemeinden zu stellen. Das Gesetz hat vom 1. Oktober 1921 rückwirkende Kraft. Die Unterstützung muß von den Gemeinden des Wohnortes gezahlt werden. Das Reich ersetzt den Gemeinden 80 v. H. der von ihnen verausgabten Unterstützungsbeträge. Was machen nun einzelne Gemeindevorsteher? Sie weisen entweder die Antragsteller ganz ab oder beschließen, nicht eher zu zahlen, ehe sie nicht gezwungen werden. Dann bewegen sie die Antragsteller, auf das 20 prozentige Gemeindeanteil zu verzichten. Für diese letzten Maßnahmen schrecken sogar Städte nicht zurück. So soll man in Uebigau allen Rentenempfängern eine Verzichterklärung auf die 20 Prozent vorgelegt haben. Das Handeln der einzelnen Gemeindeoberhäupter grenzt ans Skandalöse. Durch dieses Gesetz sind die Armen der Aermsten halbwegs vor dem Verhungern sicher gestellt und nun kommen manche Gemeinden und handeln so an diesen Leuten. Das Gesetz nimmt den Gemeinden große Lasten ab, denn sie werden öfter nun keine Armenunterstützung mehr zu zahlen haben. Wir fordern unsere Genossen auf, gegen diesen Unfug der einzelnen Gemeinden sofort einzuschreiten und die Unterbezirksleitung von der Nichtbeachtung des Gesetzes in Kenntnis zu setzen. Die Aufsichtsbehörden fordern wir aber auf, die Gemeindevorsteher und Bürgermeister sofort zu belehren und anzuweisen, daß sie sofort ihren Verpflichtungen nachkommen, damit diesem Skandal ein Ende bereitet wird.

Voraussichtliches Wetter. Mittwoch: Trübes, mildes, windiges Wetter mit Niederschlägen. Später kälter werdend. Donnerstag: Zeitweise heiteres, vielfach wolkiges, etwas kälteres Wetter mit etwas Niederschlägen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220130-15/fragment/page=0006